

# STICHWORT

# BAYER

Die anderen Informationen  
zu einem multinationalen  
Chemiekonzern

Nr. 4/2023 41. Jahrgang

Mit Beilage  
**BIG**  
Business  
Crime



Weltkriegswaffen

## BAYERs Altlasten

Weitere Themen:

EU dereguliert Gentechnik

Glyphosat: zehn weitere Jahre?

Steuergeschenke für BAYER



# IN ERINNERUNG BLEIBEN

## TESTAMENT UND VERMÄCHTNIS

Erbschaften und Vermächtnisse eröffnen weit in die Zukunft reichende Möglichkeiten und entfalten ihre Wirkung für kommende Generationen.

Wenn auch Ihnen eine Welt ohne Ausbeutung und Profitjagd am Herzen liegt, wenn Sie meinen, dass Willkür und Machtmissbrauch der großen Konzerne eingedämmt und beendet werden müssen, dann kommt für Sie vielleicht ein Vermächtnis oder ein Testament zur langfristigen Förderung unserer konzernkritischen Arbeit in Frage.

Fordern Sie unverbindlich und kostenfrei unseren leicht verständlichen Leitfaden zu allen Fragen des Nachlasses im Todesfall an.

## JETZT INFORMATIONEN ANFORDERN!

Bitte deutlich schreiben

<input type="text"/>	<input type="text"/>
----------------------	----------------------

Name, Vorname

Alter

<input type="text"/>
----------------------

Strasse, Nummer

<input type="text"/>
----------------------

P.L.Z. Ort

<input type="text"/>
----------------------

E-Mail

<input type="text"/>
----------------------

<input type="text"/>
----------------------

Telefon

Telefax / Internet

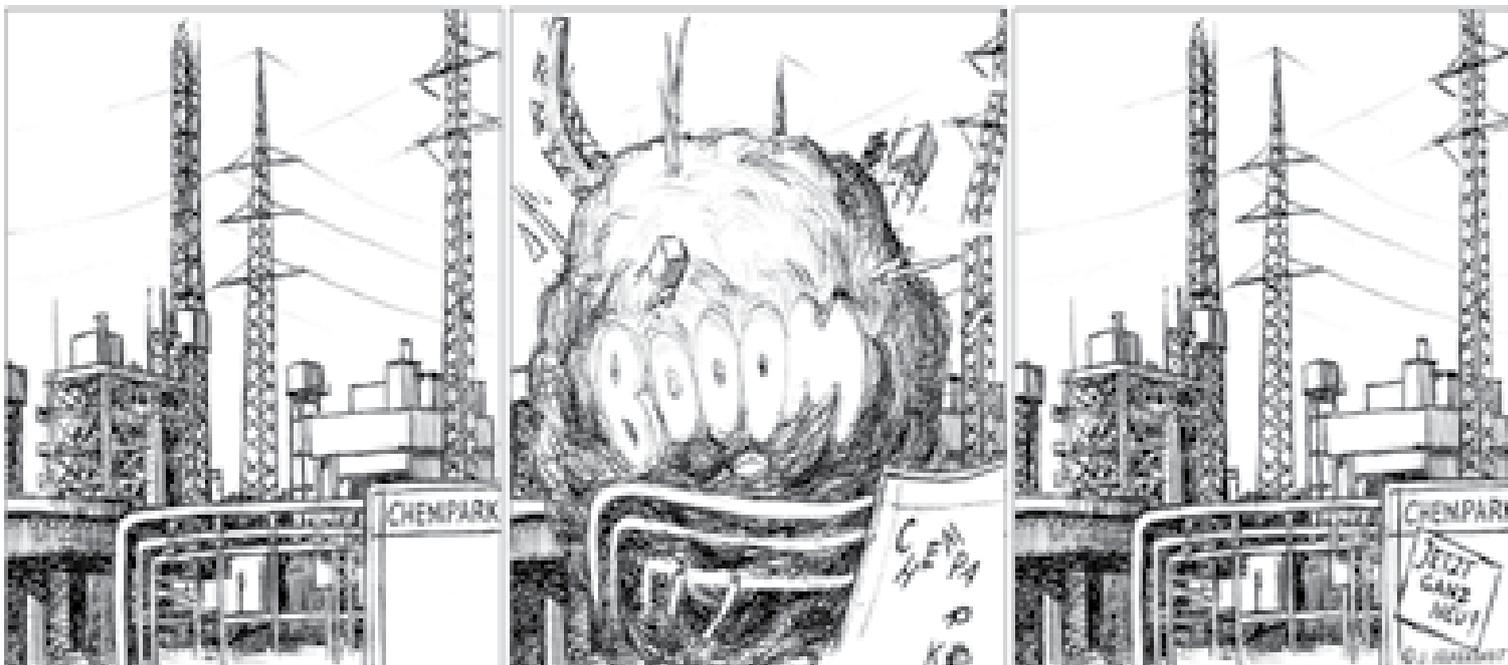


Coordination gegen  
BAYER-Gefahren (CBG)

Postfach 15 04 18  
D-40081 Düsseldorf  
Deutschland

[info@CBGnetwork.org](mailto:info@CBGnetwork.org)

[www.CBGnetwork.org](http://www.CBGnetwork.org)



Zwei Jahre nach der Chem„park“-Explosion: Alles wie gehabt. Siehe S. 6 ff.



## Inhalt

- 6 Die Katastrophen-Bilanz**  
Zwei Jahre nach der Chem„park“-Explosion
- 10 Pakt für BAYER & Co.**  
Die Ampel verteilt Geschenke
- 12 Schnippel frei!**  
Die EU macht's Genscheren leichter
- 18 „Keine kritischen Problembereiche“**  
Die Glyphosat-Risikobewertung
- 24 Nordsee ist Mordsee**  
BAYERs Munitionsaltslasten

## Rubriken

- 5 Editorial  
Impressum**
- 7 Promis gegen Profit  
O-Ton**
- 30 Echo  
CBG bei der Arbeit**
- 31 Vor 40 Jahren im SWB**

# KEINE URWÄLDER VERFEUERN!

ROBIN WOOD protestiert gegen den Wahnsinn, in Zukunft Holz statt Kohle in deutschen Großkraftwerken zu verbrennen.



Mit deiner Spende hilfst du uns dabei  
die Wälder zu schützen  
[www.robinwood.de/spenden](http://www.robinwood.de/spenden)  
oder rufe uns an 040 380892-0



**ROBIN WOOD**

## Impressum



Stichwort BAYER -  
Die anderen Informationen  
zu einem multinationalen Chemiekonzern

41. Jahrgang  
Postvertriebsstück G 10848  
Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf,  
Fon: (0211) 333911, Fax: (0211) 333940

Herausgeberin und Vertrieb:  
COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN e. V. (CBG e. V.)  
Für mehr Umweltschutz und sichere Arbeitsplätze  
bei BAYER - weltweit.  
Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf.  
Email: info@CBGnetwork.org  
Internet: www.CBGnetwork.org  
facebook: Coordination BAYER-Gefahren

Wir bitten um Zusendung von Leser\*innen-, Protest- und  
Bestellbriefen.

Die CBG ist ein internationales Selbsthilfe-Netzwerk, das vom multinationalen BAYER-Konzern Betroffene und an diesem Konzern Interessierte zusammenschließt und die Tätigkeit dieses Multis kritisch begleitet. Ziel der Arbeit ist es, die von BAYER ausgehenden Gefahren für Mensch, Tier und Umwelt bekanntzumachen, einzudämmen und möglichst ganz abzustellen. Konzernkritik braucht Unterstützung. Stichwort BAYER braucht Abonent\*innen. Nutzen Sie den Coupon der Abo-Anzeige in diesem Heft und abonnieren Sie. Oder - noch besser! - werden Sie (Förder-)Mitglied unseres Netzwerkes. Im Rahmen einer (Förder-)Mitgliedschaft erhalten Sie Stichwort BAYER automatisch ohne weitere Kosten. Je ein Exemplar von Stichwort BAYER wird dem Vorstand des BAYER-Konzernes, Kaiser-Wilhelm-Allee, 51373 Leverkusen, übersandt. Leser\*innen haben somit die Möglichkeit, die Konzernleitung zu bitten, zu bestimmen, in Stichwort BAYER behandelten Themen, Stellung zu beziehen.

Redaktion: V.i.S.d.P. Jan Pehrke (jp).  
CvD: Axel Köhler-Schnura (aks), Uwe Friedrich (uf).

Verlag: Eigenverlag

Vertrieb: CBG

Layout: Ulrich Volkenannt

Druck: Mediengruppe Neuer Weg GmbH

Bankverbindung: EthikBank  
IBAN DE94 8309 4495 0003 1999 91  
BIC GENODEF1ETK

Anzeigen: Es gilt die Anzeigenpreisliste vom Juli 2018  
(1/1 S. sw 1.400,- Euro, zzgl. MWSt.)

Stichwort BAYER erscheint in 4 Ausgaben pro Jahr jeweils  
zum Anfang des Quartals.

Der Nachdruck von Artikeln aus Stichwort BAYER ist ausdrücklich erwünscht. Honorar nach Vereinbarung. Datei bitte unter 0211/33 39 11 anfordern. Bitte Quelle angeben und zwei Belegexemplare übersenden. Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Bilder und Fotografien wird keine Haftung übernommen. Rechtlich geschützte Warenzeichen werden in Stichwort BAYER ohne gesonderten Hinweis genannt. Daraus ist nicht auf die freie Verwendbarkeit der Markennamen zu schließen.

**Auszeichnungen:**

Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN e. V. erhielt 1999 den Preis des Kirchlichen Entwicklungsdienstes Oberhausen, zudem 1998 und 1990 den Preis von Business Crime Control. Darüber hinaus wurde Vorstandsmitglied Axel Köhler-Schnura im Jahr 2000 mit dem „Preis für Zivilcourage“ und 2011 mit dem „Henry-Matthews-Preis“ geehrt.

**Beirat:**

**Dr. Erika Abczynski / Kinderärztin / Dormagen,**  
**Hiltrud Breyer / ehem. MdEP/Berlin,**  
**Eva Bulling-Schröter / ehem. Mitglied des Bundestags / Berlin,**  
**Prof. Dr. Wolfram Elsner / Ökonom / Bremen,**  
**Dr. Rolf Gössner / Rechtsanwalt / Bremen,**  
**Prof. Jürgen Junginger / Designer / Krefeld,**  
**Prof. Rainer Roth / Sozialwissenschaftler / Frankfurt**

**Bei Umzug bitte neue Adresse mitteilen**

Die Post teilt uns bei Umzug die neue Adresse nicht mit. Soll Stichwort BAYER Sie auch weiterhin erreichen, informieren Sie uns bitte über Ihre neue Anschrift.



## Liebe Leserinnen und Leser,

die Entscheidung der Europäischen Union über die weitere Zukunft des BAYER-Herbizids Glyphosat rückt näher. Im Juli hat die Europäische Lebensmittelbehörde EFSA ihre Bewertung vorgelegt und Entwarnung gegeben: „keine kritischen Problembereiche“. Im September dann schlug die EU-Kommission den Mitgliedsländern eine Verlängerung der Zulassung um zehn Jahre vor. Eine erste – und vielleicht letzte, falls sich keine qualifizierte Mehrheit gegen eine Genehmigung bis 2034 findet – ist für den 13. Oktober (nach SWB-Redaktionsschluss) angesetzt. Wir analysieren im vorliegenden Heft die Weichenstellungen und dokumentieren die fortlaufenden Aktionen für einen Stopp des von der Weltgesundheitsorganisation als „wahrscheinlich krebserregend“ eingestuften Pestizids.

Nicht minder industrie-freundlich zeigte sich die Kommission bei der Regulation von CRISPR/Cas und anderer Methoden zur Manipulation des Erbguts. Gentechnik ist für sie jetzt nicht mehr Gentechnik. Von der Leyen & Co. betrachten die Genschere als eine von konventionellen Züchtungstechniken gar nicht zu unterscheidende Praxis und wollen ihnen deshalb Risiko-Prüfungen ersparen. Auch das haben wir uns genauer angeschaut.

Die Ampelkoalition steht ebenfalls in Treue fest zu BAYER & Co. Sie bereitet ein ganzes Geschenk-Paket vor mit Steuererleichterungen, schnelleren Genehmigungsverfahren und günstigeren Konditionen bei der Energieversorgung. Das Stichwort zählte die Milliarden zusammen.

Zudem kann die Redaktion endlich ein kleines Dossier zu einem Komplex präsentieren, der sie schon lange umtreibt: die in Nord- und Ostsee verklappten chemischen Kampfstoffe, Bomben und Sprengstoffe aus der Rüstungsproduktion von BAYER & Co. für die Weltkriege I & II. Burkhard Illscher, der sich als Journalist auf maritime Themen spezialisiert hat, widmete sich für uns den tickenden Zeitbomben.

Was für eine Gefahr von Chemikalien ausgeht, musste Leverkusen gerade erst vor etwas mehr als zwei Jahren erleben. Im Entsorgungszentrum des CURRENTA-Chem „parks“ löste ein Ackergift, das in einem Tank über der Selbsterwärmungstemperatur gelagert wurde, eine Kettenreaktion aus. Sie führte zu einer Explosion, der sieben Menschen zum Opfer fielen. Nach der Katastrophe gelobte die CURRENTA Besserung, aber die Bilanz des SWB fällt verheerend aus.

Und nun noch etwas in eigener Sache. Die Coordination gegen BAYER-Gefahren nimmt unser Dienstjubiläum zum Anlass, sich auf ihrer Jahrestagung mit uns zu beschäftigen. „Konzernmacht unter der Lupe – 40 Jahre *Stichwort BAYER*“, steht auf der Agenda. Aber es soll nicht in eine Selbstfeier ausarten. Wir wollen nach einem kleinen Geburtstagsständchen vielmehr generell über Gegenöffentlichkeit und Mainstream-Medien einst und jetzt diskutieren. Wäre das nicht vielleicht auch etwas für Sie, fragt

Jan Pehrke

Zwei Jahre nach der Chem„park“-Explosion

# Die Katastrophen-Bilanz



Protestaktion der CBG zum 2. Jahrestag der Chem„park“-Explosion

*Am 27. Juli 2021 flog im Entsorgungszentrum des Leverkusener Chem„parks“ das Tanklager in die Luft. Sieben Menschen starben, 31 Personen trugen zum Teil schwere Verletzungen davon. Einhelliger Tenor damals: Es müssen Vorkehrungen getroffen werden, damit so etwas nie wieder geschehen kann. Und wie steht es heute um diesen Vorsatz? Die Bilanz fällt verheerend aus.*

*Von Jan Pehrke*

Es war das größte Chemie-Unglück in der Geschichte Nordrhein-Westfalens: Die Explosion im Leverkusener Chem„park“ der CURRENTA kostete sieben Menschen das Leben und fügte 31 Personen zum Teil schwere Verletzungen zu. Im Tanklager des Entsorgungszentrums hatte sich die Katastrophe ereignet. Ihren Ausgangspunkt nahm alles in einem der Tanks. Dort heizte sich eine über der Selbsterwärmungstemperatur gelagerte Agro-Chemikalie der dänischen Firma AGRICULTURAL SOLUTIONS A/S auf, was zu einer immensen Hitze-Entwicklung und einem

entsprechenden Druck-Anstieg führte. Irgendwann überstieg das den Auslegungsdruck des Behältnisses – es ging hoch. Nachfolgend vermischten sich dann die austretenden Stoffe mit der Luft und lösten einen Brand aus, der auch auf die Nachbar-Tanks übergriff. Noch in 40 Kilometer Entfernung von der Unglücksstelle schlugen die Messgeräte des nordrhein-westfälischen Geologischen Dienstes aus, eine solche Kraft hatten die Druckwellen. Die Rauchwolke zog über das ganze Bergische Land bis nach Dortmund hin. „Ich dachte, ein Flugzeug

wäre auf unserem Hausdach gelandet“, so beschrieb eine Anwohnerin ihre erste Reaktion.

Die Schlussfolgerungen erschienen klar. „Als Betriebsräte erwarten wir, dass die Ursachen detailliert aufgeklärt werden. Wir müssen verstehen, wie es zu dem Unfall kommen konnte. Denn eines ist klar: So etwas darf nie wieder passieren“, hielt Detlef Rennings, der CURRENTA-Betriebsratsvorsitzende unmissverständlich fest. „Natürlich werden wir uns dafür einsetzen, dass aus den Erkenntnissen konkrete Maßnahmen abgeleitet werden und dass



wir als Unternehmen und Belegschaft daraus lernen“, kündigte er an. Und Norwich Rüße, der damalige umweltpolitische Sprecher der Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, mahnte Handlungsbedarf an: „Klar ist bereits jetzt: Dieser erneute Störfall in einem Chemie-Betrieb muss Anlass sein, störfallanfällige Chemie-Anlagen weiter in puncto ‚Sicherheit‘ zu optimieren.“

DIE COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) erhob ähnliche Forderungen. Der BAYER-Konzern hatte zwar im Jahr 2019 seine 60-prozentige Beteiligung an der CURRENTA verkauft, stand aber nach Ansicht der Coordination immer noch in der Verantwortung. Der Leverkusener Multi war es nämlich, der einst nicht nur das gesamte Entsorgungszentrum mit dem Tanklager und den Verbrennungsöfen errichtet hatte, sondern auch die ganze Chem„park“-Struktur inklusive seiner (Un-)Sicherheitsarchitektur schuf, die sich am 27. Juli 2021 nicht zum ersten Mal als sehr störanfällig erwies. Überdies ist der Global Player Großkunde bei der CURRENTA. Nur LANXESS liefert noch mehr Produktionsrückstände ein.

Die CBG verfolgte deshalb alles, was sich seit diesem fatalen Datum auf dem Gelände tat, sehr genau und musste mitansehen, wie alles sehr schnell wieder seinen kapitalistischen Gang nahm. Die CURRENTA versucht alles, um sich auf leisen Sohlen dem Business as usual zu nähern. Flankenschutz erhält sie dabei von

**Die ManagerInnen verfolgen nur das Ziel, möglichst schnell wieder eine 100-prozentige Auslastung der Öfen zu erreichen. Störfälle konnten dabei schwerlich ausbleiben.**

dem Gutachter Dr. Christian Jochum, den die Bezirksregierung ihr an die Seite gestellt hat. Der Chemiker lässt sich bei seiner Arbeit nämlich von den ökonomischen Argumenten der CURRENTA sowie deren Geschäftspartnern wie BAYER leiten, die ihre Abfälle loswerden müssen und in Nordrhein-Westfalen schon einen „Entsorgungsnotstand“ ausriefen. Folgerichtig treibt ihn vornehmlich die Frage um, „unter welchen Bedingungen es verantwortet werden kann, die Anlage schrittweise wieder in Betrieb zu nehmen“.

Und mit Antworten war er schnell bei der Hand. Jochum segnete das Anlaufen von immer mehr Verbrennungslinien ab. Die Zustimmung der Bezirksregierung dazu blieb stets reine Formsache. Im Moment liegt dieser der Antrag über die letzte der vier noch nicht wieder laufenden Verbrennungslinie zur Prüfung vor. Auch gab der Gutachter die Verbrennung von immer mehr Stoffen frei. Von 31 auf 46 und schließlich auf 80 stieg die Zahl. Zur letztmaligen Erhöhung schrieb er zur Begründung, diese sei nötig, um die Drehrohröfen besser auszulasten „und dem Entsorgungsauftrag nachzukommen“. Dabei nutzt das Unternehmen die

Chemikalien nur zur Feuerung und könnte dafür einfach Heizöl verwenden, aber das ist eben teurer. So greift die CURRENTA dann zur billigeren Variante und nimmt dabei sogar ein höheres Risiko in Kauf. Einige der Erzeugnisse haben es nämlich durchaus in sich. So ist eine Substanz darunter, welche die gleiche chemische Eigenschaft hat wie diejenige, die am 27.

## Promis gegen Profit



„Es gehört zu den größten Mängeln fast aller Theorien der Demokratie, mit großer Hartnäckigkeit immer wieder zu vergessen, dass die meisten Mitglieder des von ihnen lauthals beschworenen Souveräns stets auch arbeitende Subjekte sind. So gerne man sich auch vorstellt, die Bürgerinnen und Bürger seien vor allem damit beschäftigt, sich engagiert an politischen Auseinandersetzungen zu beteiligen: Die soziale Realität sieht anders aus. Tagtäglich und über viele Stunden hinweg gehen nämlich die meisten, von denen da die Rede ist, einer bezahlten oder unbezahlten Arbeit nach, was es ihnen aufgrund der damit verbundenen Unterordnung, Unterbezahlung oder Überforderung nahezu unmöglich macht, sich in die Rolle einer autonomen Teilnehmerin an der demokratischen Willensbildung auch nur hineinzusetzen.“

*Axel Honneth, Sozialphilosoph in „Der arbeitende Souverän“*

## O-Ton BAYER



„Nichts ist vom Tisch. Wir sind offen für alles und lassen nichts unversucht.“

*BAYER-Chef Bill Anderson zu den Zerschlagungsgerüchten um den Leverkusener Multi. Ihm zufolge stellt sich der Vorstand zurzeit die Frage, „ob wir mit unserem Aufbau mit den drei Abteilungen und der Art von Konzern-Zentrale über die Struktur verfügen, die es uns ermöglicht, für jedes dieser Unternehmen das beste Zuhause zu sein“.*

Foto: BAYER



Juli 2021 die Kettenreaktion ausgelöst hat: Ab einem bestimmten Grad der Erhitzung ist Gefahr in Verzug. Bei 107 Grad liegt Jochum zufolge die „Grenztemperatur der sicheren Handhabung“, weshalb die „Überwachungsstufe 1“ gilt.

Ob es dieser Stoff ist, für den die CURRENTA eine Ausnahme von der nach der Explosion eingeführten Regel erreichen will, alle eingehenden Lieferungen vor der Verbrennung selbst noch einmal genau in Augenschein zu nehmen, war nicht zu klären. Ungeachtet dessen reagierten die AnwohnerInnen alarmiert auf die Absicht, die Prüfung in diesem Fall dem Erzeuger des Sondermülls zu überlassen.

Gelernt haben die ManagerInnen anscheinend nichts aus der Katastrophe. Sie verfolgen nur das Ziel, möglichst schnell wieder eine 100-prozentige Auslastung der Öfen zu erreichen. Störfälle können dabei schwerlich ausbleiben. So kam es am 5. Januar im Materialbunker des Entsorgungszentrums zu einem „unkritischen“ (O-Ton Bezirksregierung) Brandereignis. Am 20. Juni meldete die CURRENTA einen „Kleinbrand“ auf einer Böschung vor den Brennöfen, und in der Nacht zum 2. Juli schreckte ein Knall die AnwohnerInnen auf.

Überdies zwang eine anonyme Anzeige wegen Mängeln bei den Schutzmaßnahmen die Bezirksregierung zum Handeln. Sie führte eine unangemeldete Inspektion

durch und machte „Abweichungen bei der Gefahrenabwehr-Organisation“ aus. „Diese Abweichungen betreffen die ständige Besetzung der Sicherheitszentralen an den einzelnen Standorten“, so die Behörde. Doch damit nicht genug: Am 14. Juli trat auf dem Chem„park“-Gelände auch noch eine Chemikalie aus, weil sich an einer Rohrbrücke eine Leckage gebildet hatte.

Informationen über diese Vorfälle flossen nur spärlich. Und über die Art der Stoffe, für welche die CURRENTA jetzt wieder eine Lizenz zur Verbrennung hat, schweigt die Firmen-Leitung sich ganz aus – Betriebsgeheimnis. Mit der vielbeschworenen Transparenz-Initiative des Unternehmens ist es ganz offensichtlich nicht weit her. Es hat „auf ausdrücklichen Wunsch der Bezirksregierung Köln und des Umweltministeriums NRW“ zur Verbesserung der Kommunikation lediglich einen „Begleitkreis“ für interessierte BürgerInnen und Verbände ins Leben gerufen. Entscheidungsgewalt hat das Gremium freilich keine, es darf die Prozesse – wie der Name schon sagt – lediglich begleiten.

Die Bilanz der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN fiel deshalb eindeutig aus: „Die Zeichen stehen auf ‚Business as usual‘. Die CURRENTA tut alles dafür, um aus der Entsorgung wieder ein lukratives

Geschäftsfeld machen zu können, und die Bezirksregierung unterstützt dieses Anliegen tatkräftig, obwohl das Profit-Streben die eigentliche Ursache für die Explosion vom 27. Juli 2021 darstellt. Bei einem geringeren Sondermüll-Aufkommen hätte es der Tanks, die an dem Tag hochgingen, gar nicht bedurft. Sie dienen nämlich nur als Zwischenlager für die Produktionsrückstände, welche die CURRENTA aus aller Herren Länder akquiriert hat.“

Am 2. Jahrestag der Katastrophe trug die CBG diese Kritik auch nach Leverkusen. Sie baute vor dem Rathaus der Stadt eine mobile Ausstellung zu der Explosion vom 27. Juli 2021 auf, die Studierende der Universität Wuppertal konzipiert hatten und hielt eine Kundgebung ab. Auf dieser sprachen außer dem CBG-Geschäftsführer Marius Stelzmann und dem CBG-Aktivistin

Gottfried Arnold noch VertreterInnen der Partei „Die Linke“, der „Klimaliste Leverkusen“ und von PARENTS FOR FUTURE. Benedikt Rees von der Klimaliste rief dabei noch einmal in Erinnerung, dass im Entsorgungszentrum wieder alle Zeichen auf Normalbetrieb stehen, obwohl die Ursache der Explosion noch immer nicht eindeutig feststeht. „Das zeigt uns, wer wirklich hier in der Stadt den Ton angibt“, resümierte er. Dem konnten sich an diesem Tag alle anschließen. ←

**Die Zeichen stehen auf „Business as usual“**

Ausgabe 5 | 2023

Alternative Kommunal Politik  
Fachzeitschrift | 44. Jahrgang  
Ausgabe 5 | 2023  
September | Oktober  
13 Euro

**FACHKRÄFTEMANGEL**

Kommunale Wärmeplanung: Die Wende meistern  
Baugesetzbuch vs. Europarecht: Wie geht's weiter nach dem 13b-Urteil?  
Wenn Kaufhäuser sich verwandeln: Vom Problemfall zum Zukunftsort  
Lokalzeitungen vor dem Aus - Spätestens 2034 ist Schluss  
Podcast zur Ratspolitik: Hier gibt's was auf die Ohren  
AKP

## FACHKRÄFTEMANGEL

Qualifizierte Kolleg\*innen fehlen an allen Ecken und Enden. Wo und wie finden private und öffentliche Arbeitgeber die dringend benötigten Mitarbeiter\*innen? Mehr dazu im Schwerpunkt dieser AKP-Ausgabe.

**Weitere Themen**

- Kommunale Wärmeplanung: Die Wende meistern
- Baugesetzbuch vs. Europarecht: Wie geht's weiter nach dem 13b-Urteil?
- Wenn Kaufhäuser sich verwandeln: Vom Problemfall zum Zukunftsort
- Lokalzeitungen vor dem Aus – Spätestens 2034 ist Schluss
- Podcast zur Ratspolitik: Hier gibt's was auf die Ohren

Einzelpreis: 13 Euro plus Versandkosten 1,70 Euro  
Abopreis (6 Ausgaben): 66 Euro

**Alternative Kommunalpolitik (AKP) e.V.**  
Luisenstr. 40 | 33602 Bielefeld | akp@akp-redaktion.de

Mehr Infos

www.akp-redaktion.de



# Jahrestagung 2023

Samstag, 4. November, 10:00 – 17:00 Uhr

Einlass ab 9:30 Uhr

Saal Bürgerhaus im Stadtteilzentrum Bilk

Bachstr. 145, 40217 Düsseldorf

## Konzernmacht unter der Lupe

### 40 Jahre Stichwort BAYER

Meldet Euch **JETZT** an!

Kostenfrei, aber anmeldepflichtig!



- Ich melde mich verbindlich zur CBG-Jahrestagung 2023 mit ..... Personen an.  
(Bitte die Anschriften aller Personen angeben, ggfs. gesondertes Blatt beilegen)  
Ich bin Fördermitglied der CBG  ja  nein
- Ich werde Fördermitglied und lege meinen jährlichen Beitrag fest auf ..... Euro  
(mind. 60 €/Jahr). Bitte  jährlich  halbjährlich  vierteljährlich  monatlich abbuchen.
- Ich habe BAYER-Aktien und möchte die Stimmrechte den Kritischen Aktionär\*innen der CBG übertragen.
- Bitte bucht meine Spende bzw. meinen Beitrag ab in Höhe von ..... Euro.  
(alternativ: PayPal auf [www.CBGnetwork.org](http://www.CBGnetwork.org))

Antwort  
 Coordination gegen  
 BAYER-Gefahren (CBG)  
 Postfach 15 04 18  
 40081 Düsseldorf

Name, Vorname \_\_\_\_\_

Strasse, Hausnr. \_\_\_\_\_ PLZ, Ort \_\_\_\_\_

Wohn \_\_\_\_\_

E-Mail \_\_\_\_\_

Alter \_\_\_\_\_ Beruf \_\_\_\_\_ Datum, Unterschrift \_\_\_\_\_

Die CBG ist eine Initiative der kritischen Aktionäre der BAYER AG. Die CBG ist eine Initiative der kritischen Aktionäre der BAYER AG. Die CBG ist eine Initiative der kritischen Aktionäre der BAYER AG.

Die Ampel verteilt Geschenke

# Pakt für BAYER & Co.



*Die Normalbevölkerung muss wegen der durch den Ukraine-Krieg gestiegenen Inflation Reallohn-Verluste hinnehmen. Das schert die Ampel-Koalition jedoch wenig. Stattdessen schnürt sie Hilfspakete für die Konzerne.*

*Von Jan Pehrke*

„Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche“, mit diesem Satz warb Kaiser Wilhelm II. in seiner Reichstagsansprache kurz vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges um Geschlossenheit. Im zweiten Jahr des Ukraine-Krieges stellte sich Bundeskanzler Olaf Scholz in diese Tradition und bot dem Bundestag einen Deutschland-Pakt an. „Wir brauchen eine nationale Kraftanstrengung. Also lassen

Sie uns unsere Kräfte bündeln“, forderte er die Abgeordneten am 6. September 2023 auf. „Nur gemeinsam werden wir den Mehltau aus Bürokratismus, Risikoscheu und Verzagtheit abschütteln, der sich über Jahre, Jahrzehnte hinweg über unsere Land gelegt hat“, erklärte Scholz. Die konkreten Maßnahmen der Ampel-Regierung, für die er um allgemeine Zustimmung warb wie etwa das Wach-

tumschancen-Gesetz und die Initiative für Planungsbeschleunigung, lassen das Projekt allerdings eher als Pakt für die Konzerne erscheinen. So stellt das Wachstumschancen-Gesetz – Christian Lindners Unternehmenssteuer-„reform“ – BAYER & Co. Steuer-Geschenke in einer Gesamthöhe von rund sieben Milliarden Euro in Aussicht. Über 50 Maßnahmen umfasst das Paragrafen-Werk „zur Stärkung von

Wachstumschancen, Investitionen und Innovationen sowie Steuer-Vereinfachung und Steuer-Fairness“.

Unter anderem weitet es die Möglichkeiten zum Verlustrücktrag und zu Abschreibungen aus, welche die Große Koalition schon 2020 mit ihrem Corona-Hilfspaket großzügiger gestaltet hatte. Nun erlaubt der Gesetzgeber statt der linearen auch die degressive Abschreibung von Ausrüstungsgütern, was den Unternehmen bis zu zwei Milliarden Euro bringt. Auch die damals bereits ausgebaute fiskalische Forschungsförderung stärkt Lindner noch einmal. Er gestattet den Firmen, bis zu zwölf Millionen Euro an Aufwendungen abzusetzen. Sogar Lohnkosten und Pilotanlagen fallen darunter. Zudem honoriert der Staat künftig Investitionen im Bereich „Klimaschutz“ mit einer Prämie von bis zu 30 Millionen Euro. „Wir stärken die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Deutschland und leisten einen wichtigen Beitrag, unseren Wohlstand zu sichern und zu steigern“, erklärte der Finanzminister bei der Vorstellung des Entwurfs. Auf das, was der Lindner-Berater Lars P. Feld von der Universität Freiburg „angebotsorientierte Finanzpolitik“ nennt, reagierte der Deutsche Städtetag panisch. Er warnte vor „massiven Steuerausfällen“ und hielt fest: „Es darf keine Einschnitte bei der Gewerbesteuer geben, denn die Städte brauchen sie, um gute Dienstleistungen und eine gute Infrastruktur für die Bürgerinnen und Bürger und die Wirtschaft vor Ort finanzieren zu können.“ Nicht zuletzt deshalb haben die Bundesländer bereits mit einer Blockade im Bundesrat gedroht.

Lindners Kabinettkollege Karl Lauterbach (SPD) plant derweil, den Pharma-Standort Deutschland zu stärken. „Mit BAYER hat er deshalb eine Gesetzesinitiative abgesprochen“, meldete der *Kölner Stadtanzeiger*. Der Gesundheitsminister erklärte gegenüber der Zeitung freimütig, bei der Arbeit an dem Projekt im engen Austausch mit Stefan Oelrich, dem Pharma-Vorstand des Leverkusener Multis, gestanden zu haben. Oelrich hatte Anfang des Jahres deutliche Kritik an den hiesigen Rahmenbedingungen für Pillen-Riesen geübt und in einem *Handelsblatt*-Interview bekundet: „Wir verlagern unseren kommerziellen Fußabdruck und die Ressourcen für unseren kommerziellen Fußabdruck deutlich weg von Europa.“ Jetzt will der Sozialdemokrat den Manager mit vereinfachten Genehmigungsverfahren für Arznei-Fertigungsstätten, Erleichterungen



Proteste gegen Einsparungen im Bildungsbereich am 23. 9. 2023

bei der Gewinnung von ProbandInnen für Klinische Studien sowie mit einem besseren Zugang zu PatientInnen-Daten für Forschungsvorhaben besänftigen.

In Sachen „Industrie-Strompreis“ hat die Ampel-Koalition hingegen noch keine Entscheidung getroffen. Vor allem Bundeskanzler Olaf Scholz sperrt sich gegen eine solche Subvention. Die großen Unternehmen fordern diese von der Politik jedoch vehement ein und warnen bei Zuwiderhandlungen vor einer Deindustrialisierung Deutschlands. Dabei ist das Lamento über angeblich zu hohe Energie-Kosten uralt und hält zudem einer genaueren Überprüfung nicht stand. Nach Angaben der Statistik-Behörde Eurostat und der „Internationalen Energie-Agentur“ liegen die deutschen Konzerne mit ihren finanziellen Belastungen nämlich im europäischen Mittelfeld. Zudem profitieren die energieintensiven Betriebe schon von zahlreichen Vergünstigungen wie Befreiungen von der Strom-Steuer, einer „Strompreis-Kompensation“ und kostenlosen CO<sub>2</sub>-Verschmutzungs-zertifikaten.

Der Leverkusener Multi selbst hat seinen Energie-Bedarf seit der Trennung von der Kunststoff-Sparte reduzieren können. Als der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Hendrik Wüst (CDU) der Branche bei einem Besuch des BAYER-Standorts Monheim seinen Beistand anbot und konstatierte „Die Industrie benötigt Planungssicherheit. Eine Senkung der Stromsteuer reicht nicht für die Großindustrie“, hörte der Vorstandsvorsitzende Bill Anderson das trotzdem gern. Die Unternehmen bräuchten Klarheit, so der US-Amerikaner. Diese Klarheit hätte ihren Preis: Der vom grünen Wirtschaftsministerium erdachte Industrie-Strompreis kostet rund 30 Milliarden Euro. Eine Entscheidung über die Art der Unterstützung stand bis zum *SWB*-Redaktionsschluss noch aus. Aber

mit irgendetwas auf dem Gebiet dürfen die Unternehmen auf jeden Fall rechnen. „Die Bundesregierung arbeitet an einer konsistenten und belastbaren Strategie für die zukünftige Energieversorgung in Deutschland, auch für bezahlbare Strompreise, gerade auch für Wirtschaft und Industrie“, heißt es in der Ampel-Initiative „10 Punkte für den Wirtschaftsstandort Deutschland – Zukunftsinitiativen fördern, Finanzierung erleichtern, Verfahren beschleunigen“.

Die Ampel-Regierung gewährt all diese Vergünstigungen trotz eines Sparhaushaltes, der gegenüber dem Vorjahr Minderausgaben von rund 30 Milliarden Euro vorsieht. Aber trotzdem ist das Ganze solide gegenfinanziert: durch Sozialkürzungen. So gibt es statt der von Bundesfamilienministerin Lisa Paus geforderten zwölf Milliarden Euro nur zwei Milliarden für die Kindergrundsicherung. Ihr Veto gegen das Wachstumschancen-Gesetz scheiterte. Der Paritätische Wohlfahrtsverband beziffert die Gewerbesteuer-Mindereinnahmen der Kommunen durch Lindners Paragrafen-Werk auf rund 1,9 Milliarden Euro in den kommenden Jahren und nennt das eine „massive Gefährdung der sozialen Infrastruktur vor Ort“. Zudem kritisiert die Organisation die Einsparungen zulasten der Freiwilligendienste, der psychosozialen Versorgung Geflüchteter und der Programme zur Unterstützung Arbeitssuchender. Auch die Zuschüsse für die Renten- und Pflegekasse sinken, und diejenigen für AOK, DAK & Co. friert die Bundesregierung auf dem jetzigen Niveau ein. Ein Übriges tut dann die Europäische Zentralbank mit ihrer Zins-Politik. So versicherte EZB-Sprecher Pierre Wunsch im April in der *Financial Times*, dass die Zentralbank „die Zinssätze weiter anheben würde, bis das Lohnwachstum sich verlangsamt“. Schöne Aussichten also. ◀

Brüssel will weniger Regeln für BAYERs neue Gentechniken

# EU macht Gen-Scherereien



Monheim: Der Sitz von BAYERs Agro-Sparte

*Mitte Juli 2023 hat die EU einen Vorstoß unternommen, um den neuen Gentechniken den Weg auf die Äcker zu erleichtern. Sie will einem Großteil der mit CRISPR/Cas und anderen Genscheren produzierten Pflanzen künftig die Risiko-Prüfungen ersparen, obwohl von diesen Gewächsen durchaus Gefahren ausgehen können. Während BAYER & Co. sich über den Erfolg ihrer Lobby-Arbeit freuen, reagieren Umweltverbände, VerbraucherInnenschutz-Organisationen und Öko-LandwirtInnen alarmiert.*

*Von Jan Pehrke*

Bei der Gentechnik 2.0 kommen Gen-Scheren wie CRISPR/Cas zum Einsatz. Dieses Verfahren bedient sich eines Abwehr-Mechanismus' von Bakterien zum Aufspüren schädlicher Viren. Es steuert bestimmte Gen-Abschnitte an und nutzt dann das Cas-Enzym zur Auftrennung der Genom-Sequenz. Anschließend setzt CRISPR/

Cas entweder mitgeführte neue Erbgut-Stränge ein oder bringt die Zellen dazu, per Mutagenese selbst Veränderungsprozesse einzuleiten. Der BAYER-Konzern will auf diese Weise etwa in Kooperation mit der Firma PAIRWISE Kurzhalm-Mais entwickeln und zusammen mit COVERCRESS Ackerheller-Kraut. Weitere Entwicklungs-

partnerschaften bestehen mit ERS GENOMICS, TARGETGENE BIOTECHNOLOGIES, dem BROAD INSTITUTE, MEIOGENIX und mit NOMAD BIOSCIENCE.

Bisher hat die Europäische Union die neuen Methoden naturgemäß als Gentechnik aufgefasst und entsprechend reguliert. BAYER & Co. passte das gar nicht. Nach

Ansicht der Agro-Riesen handelt es sich nur um niederschwellige Eingriffe, die keinerlei Auflagen bedürfen. Anfang Juli 2023 hörte die EU-Kommission die Signale. Sie präsentierte einen Verordnungsvorschlag zur Lockerung der Vorschriften für die „Neuen Gentechniken“ (NGTs). Wenn die Konzerne den Pflanzen mit Genscheren wie CRISPR/Cas oder TALEN keine Gene artfremder Organismen verpassen, will die EU die Gewächse künftig wie in der Natur vorkommende oder mit Hilfe konventioneller Verfahren gezüchtete Exemplare behandeln und von Risiko-Prüfungen ausnehmen. Nur bei Laborfrüchten, an denen die Unternehmen mehr als 20 Mal herumgeschnibbelt haben, möchte die Kommission noch die alten Gentechnik-Bestimmungen angewendet wissen. Zum Vergleich: Die USA lassen nur einen Eingriff pro Pflanze zu, bei mehreren gelten die ganz normalen Gentech-Regelungen.

„NGTs können den Übergang zu einem nachhaltigeren Agrar- und Lebensmittelsektor flankieren und so die Importabhängigkeit der EU in der Agrar- und Lebensmittelerzeugung verringern“, hält Brüssel fest. Als weltweit größter Exporteur von Saatgut sei der Zugriff auf innovative Technologien essenziell für den Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt, heißt es in dem Vorschlag, der laut EU-Kommission „auch Auswirkungen auf die strategische Autonomie und die Resilienz des Lebensmittel-Systems der Union haben wird“. Und natürlich alles ganz nachhaltig. „Landwirte bekommen durch die neuen Züchtungstechniken Zugang zu resilienteren Nutzpflanzen, für die weniger Pestizide eingesetzt werden müssen und die besser an den Klimawandel angepasst sind“, versicherte der damalige Kommissionsvize Frans Timmermans.

### Leere Versprechungen

Solche Versprechen klingen vertraut. Die Konzerne machten sie im Zuge ihrer Produkteinführungskampagne für die Gentechnik 1.0. Keines davon hat sich erfüllt. In Sachen „Ackergift-Reduktion“ räumte das BAYERs oberster Öffentlichkeitsarbeiter, der ehemalige Grünen-Politiker Matthias Berninger, in einem Interview des *Deutschlandfunks* selbst ein. Als die Moderatorin ihm vorhielt: „Der Glyphosat-Einsatz, gerade bezogen auf gentechnisch verändertes Soja, hat sich ja verneunfacht, allein in den USA“, musste er zugeben: „Der Glyphosat-Einsatz hat sich in der Tat erhöht.“ Der „Head of Public Affairs“ wusste dafür allerdings andere Gründe zu

nennen als die Defizite der Gentechnik. Es käme zu einem Mehrverbrauch, weil die LandwirtInnen das Herbizid nutzten, um sich das Pflügen zu ersparen, behauptete Berninger.

Joachim Eder von der „Bayerischen Landesanstalt für Landwirtschaft“ hat den Verheißungen damals Glauben geschenkt. „Also da wurden von denen, die das entwickelt haben, ganz tolle Dinge in den Raum gestellt, Qualitätsverbesserungen unserer landwirtschaftlichen Kulturpflanzen, praktisch kein Pflanzenschutz mehr, weil die Pflanzen sind resistent, also ich kann auf Chemie auf dem Acker verzichten. Am Anfang war man überzeugt, dass das einen Riesenschritt nach vorne bedeutet und für diesen Schritt auch den Nachteil – aus meiner Sicht Nachteil – in Kauf nehmen muss, dass sich das Ganze in den Händen dieser weltweit agierenden Saatgut-Konzerne befindet. Das war es einfach wert, wenn es denn so gekommen wäre, war damals meine Meinung“, erinnert er sich. „Aber es kam dann eigentlich nicht viel“, zieht Eder Bilanz. Schlussendlich ging es nur darum, Herbizide besser verkaufen zu können, so der Beamte. „Man konnte nicht ausräumen, dass es gesundheitsschädlich ist, man konnte nicht ausräumen, dass es Umweltschäden gibt, und man konnte eben nicht ausräumen, dass diejenigen, die es in der Hand haben, dass irgendwie missbräuchlich einsetzen“, sagte er in einem Fernseh-Beitrag des *Bayerischen Rundfunks*. Nicht eben besser fällt das Resümee von Svenja Schulze, der Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, aus. „Die Gentechnik hat in ihrer Geschichte noch keinen wesentlichen Beitrag zur Ernährungssicherheit geleistet. Ihr gesellschaftlicher Nutzen wird in der Theorie oft behauptet, aber in der Praxis zielt die Gentechnik auf Patente und Profite“, twitterte sie.

Nichtsdestotrotz recycelt der Leverkusener Multi die alten Textbausteine aus den 1990er Jahren. Es gehe darum, „die Nahrungsmittelversorgung zu sichern sowie Forschung und Entwicklung in Deutschland zu halten“, erklärt Frank Terhorst von BAYER CROPSCIENCE. Und Matthias Berninger schlägt Alarm: „Wer übernimmt die Verantwortung für die Krisen der Ernährungssicherheit, wenn wir das Potenzial dieser neuen Technologien ungenutzt lassen?“ Damit nicht genug, preist er CRISPR & Co. auch noch als probates Mittel an, um dem Klimawandel zu trotzen. „Wir müssen den Turbo anschalten, wenn

wir mit dem galoppierenden Klimawandel mithalten wollen“, so der „Head of Public Affairs“.

### Viele Risiken

Dabei haben es die neuen Methoden in sich. Mitnichten können die von den Genscheren eingeleiteten Veränderungen so „präzise kontrolliert werden“, wie BAYER behauptet. Allzuoft kommt es nämlich zu unbeabsichtigten Mutationen an den beabsichtigten Stellen (On-Target-Effekte) und vice versa beabsichtigten Mutationen an unbeabsichtigten Stellen (Off-Target-Effekte). Nicht zuletzt deshalb hält das „Bundesamt für Naturschutz“ (BfN) die mittels der Neuen Gentechniken hervorgebrachten Konstrukte nicht für harmloser als die durch Gen-Übertragungen geschaffenen. „Nach Ansicht des BfN trifft die Aussage, dass NGT-basierte Pflanzen generell weniger Risiken bergen, nicht zu“, bekundet die Behörde. Zudem hält sie fest: „Auch die Art und der Umfang der Veränderung sind nicht geeignete Kategorien, um per se von einem geringen Risiko auszugehen.“ Als Beispiel führt das Bundesamt die Prozeduren an, mit denen BAY-

**GRÜNE LIGA** Netzwerk  
Ökologischer  
Bewegungen

## DER RABE RALF

Die Berliner Umweltzeitung



**Unkonventionelles und  
Hintergründiges aus der  
vielfältigen Umweltszene  
Tipps, Termine & Adressen**

Kostenlos an vielen Berliner  
Auslageorten wie Bibliotheken,  
Bio- und Umweltsäden  
oder für jährlich 25 Euro  
per Abo ins Haus.

Kostenlose Probenummer:  
DER RABE RALF  
Prenzlauer Allee 8, 10405 Berlin  
Tel. 030 / 44 33 91-47  
raberalf@grueneliga.de  
www.raberalf.grueneliga-berlin.de





Das Gebäude der Europäischen Kommission in Brüssel

ER & Co. die Ackerfrüchte besser gegen Dürre-Perioden schützen wollen. „Da die vielen komplexen Antworten der Pflanze auf Trockenstress bis heute im Detail unbekannt sind (...), werden häufig Gene für sogenannte Transkriptionsfaktoren oder Hormon-Rezeptoren verändert. Es handelt sich dabei um übergeordnete Knotenpunkte von Stoffwechsel-Wegen. Werden diese Stellschrauben geringfügig modifiziert, können damit viele nachfolgende Prozesse verändert werden“, warnt das BfN.

Überdies sind die Eingriffe oftmals gar nicht so klein. So vermögen die neuen Techniken in Gen-Bereiche vorzudringen, die den alten verschlossen bleiben. Auch sind CRISPR & Co. in der Lage, mehrere

Veränderungsprozesse gleichzeitig in die Wege zu leiten. Darüber hinaus rufen sie im Gegensatz zu konventionellen Züchtungspraktiken zumeist keine Punkt-Mutationen an der DNA hervor, sondern Doppelstrangbrüche, um Veränderungen zu bewirken und anschließend auf die natürlichen Selbstheilungskräfte der Zelle zu bauen. Allzu oft aber funktioniert dieser Reparatur-Mechanismus nicht richtig. Die losen Enden des Gen-Abschnittes finden nicht mehr zusammen und setzen eine Kaskade von Veränderungen in Gang. Als „Chromothripsis“ bezeichnen WissenschaftlerInnen diesen gefährlichen Effekt. Der Bioland-Präsident Jan Plagge befürchtet darüber hinaus, dass Gewächse

ihre Widerstandsfähigkeit gegen bestimmte Pflanzenkrankheiten verlieren, wenn BAYER & Co. sie massenhaft z. B. gegen Krautfäule wappnen und verweist zum Vergleich auf die vielfach ihre Wirksamkeit verlierenden Antibiotika. „Da der Erreger sehr anpassungsfähig ist, werden Sorten-Resistenzen relativ schnell gebrochen“, sagt er. Darum dürfen die Bioland-Betriebe nur einen geringen Teil ihrer Anbau-Fläche mit Pflanzen bestücken, die über bestimmte Schutz-Mechanismen verfügen. „Rein auf monogenetische Resistenzen zu setzen, führt nach unseren Erfahrungen in eine Sackgasse. Je schneller man an der Resistenz-Schraube dreht, desto schneller habe ich resistente Pathogene. Was ich sagen will, die Herangehensweise: ‚Ich habe ein Problem, ein Pathogen, ich kenne das Gen und ich kann das Problem vielleicht mit einem Schnitt lösen‘, funktioniert nicht“, sagt der gelernte Agrar-Ingenieur.

Überhaupt wirft er den GentechnikerInnen Reduktionismus vor und stellt dem die Herangehensweise der ökologischen Landwirtschaft gegenüber, die etwa Folgen des Klimawandels mit einem breiten Ansatz mildern will. Dieser umfasst beispielsweise Bemühungen, die Böden durch Fruchtfolgen zu entlasten und überhaupt eine andere Bodenstruktur zu schaffen, welche die Wasserhalte-Fähigkeit verbessert. Auch gibt es Versuche, Pflanzen mit größeren, aufnahmefähigeren Wurzeln zu züchten.

Schon allein wegen der Gefahr von Resistenz-Brüchen tritt Jan Plagge für eine Risiko-Prüfung aller Hervorbringungen der Gentechnik 2.0 und für eine Kennzeichnung inklusive Rückverfolgbarkeit ein. Dies ist für ihn nicht zuletzt deshalb wichtig, um den ökologischen Landbau nicht zu gefährden und eine Wahlfreiheit im Supermarkt zu gewährleisten. „Wenn die neuen Systeme so toll sind, soll der Verbraucher sie auch erkennen können“, meint Plagge.

BAYER zündet in der Causa Nebelkerzen. Der FAZ gegenüber bekennt sich Matthias Berninger noch vollmundig zu einer Transparenz. „Wir werden das veränderte Saatgut schon allein deshalb kennzeichnen, weil es so große Vorteile hat“, kündigt er an. In einem taz-Gespräch schränkt der Öffentlichkeitsarbeiter dann den Kreis der Informierten auf die Bauern und Bäuerinnen ein: „Landwirte werden (...) von uns eine klare Kennzeichnung des Saatguts erhalten, die transparent macht, dass diese neuen Methoden hier angewandt wur-

# contrast

zeitung für selbstorganisation

**469**    40. JAHRGANG    OKTOBER 2023    4,50 EUR

KRIEGSVERBRECHEN PUBL  
IST KEIN VERBRECH

FREIHEIT FOR JULIAN AS



SCHWERPUNKT  
Free Assange!

www.contraste.org

den.“ Erst in einer Eingabe an die EU redet der Global Player dann Tacheles und hält fest, „dass die Anwendung der derzeitigen EU-Vorschriften zur GVO-Kennzeichnung und Rückverfolgbarkeit auf NGT-Pflanzen, die mit konventionell gezüchteten Pflanzen vergleichbar sind, unverhältnismäßig und schwer durchzusetzen ist“.

Wie groß die Ängste der Öko-LandwirtInnen vor dem „Tabu-Bruch auf den Tellern“ (*taz*) sind, umriss Bärbel Endraß in der Unabhängigen Bauernstimme. „Obwohl ich mich nun schon länger mit dem Thema ‚Gentechnik‘ und mit den Deregulierungsabsichten der EU-Kommission auseinandersetze, hat’s mich jetzt doch gesetzt, als die jüngsten Vorschläge aus Brüssel ans Licht kamen. Egal, wie ich es hin und her drehe, egal, welche Vorsorge-Maßnahmen wir ergreifen werden, mit diesem Gesetzes-Vorschlag könnten wir Gentechnik-Verunreinigungen auf unseren Äckern und in unseren Ställen nicht mehr verhindern“, so Endraß über die Pläne der Europäischen Union.

### Immense Profit-Aussichten

Der BAYER-Konzern aber schert sich nicht um diese Sorgen. Die Regulierung der Neuen Gentechniken zählt zu den Schwerpunkten seiner Lobby-Arbeit auf der europäischen Ebene, weil er sich davon Rendite-Steigerungen verspricht. Der Leverkusener Multi, dessen Brüsseler „Verbindungsbüro“ über einen Etat von rund 6,5 Millionen Euro und 79 Beschäftigte verfügt, reichte Eingaben zu der geplanten Verordnung ein und erörterte das Thema mit hochrangigen EU-VertreterInnen. So weist das Transparenz-Register der EU Zusammenkünfte mit Lukas Visek aus dem Kabinett des – bis Ende August 2023 amtierenden – Kommissionsvizepräsidenten Frans Timmermans sowie mit Joanna



BAYERs oberster Öffentlichkeitsarbeiter Matthias Berninger

Stawowy und Jorge Pinto aus dem Kabinett von Agrar-Kommissar Janusz Wojciechowski aus.

Der Online-Ausgabe des *Handelsblatts* gegenüber bezifferte der Global Player das durch die EU-Deregulierungen erwartete Umsatz-Plus im Landwirtschaftsbereich auf zehn Prozent – später verschwand diese präzise Zahl auf ominöse Weise aus dem Artikel. Auf jeden Fall muss für den Profit-Zuwachs aber eine ganz bestimmte Bedingung erfüllt sein. „Wie bei anderen Technologien ist auch bei den neuen Genom-Techniken der Schutz des geistigen Eigentums von entscheidender Bedeutung“, konstatiert Matthias Berninger. Ohne Patentschutz fließt nämlich kaum Geld. Und so mutieren die Gen-Gewächse, die eben noch nichts von natürlichen Pflanzen unterscheiden sollte, plötzlich zu Kreationen made by BAYER. Den ersten Patent-Antrag für NGT-Konstrukte reichte

der Agro-Riese bereits im Jahr 2006 ein. Inzwischen kamen nach Recherchen von GLOBAL 2000 und anderen Initiativen 118 weitere hinzu. Nur CORTEVA übertrifft den Leverkusener Multi dabei noch mit 1.430. Der „Bundesverband deutscher Pflanzenzüchter“ (BDP) und der „Deutsche Bauernverband“, die dem EU-Vorhaben zur Lockerung der Bestimmungen grundsätzlich positiv gegenüberstehen, fürchten sich vor diesen Schutzrechten, weil diese den uneingeschränkten Zugang zu biologischem Material und damit auch Züchtungsfortschritte massiv gefährden. „Die Schutzsysteme für das geistige Eigentum in der Pflanzenzüchtung müssen in den Blick genommen und eine schnelle, rechtsverbindliche Lösung geschaffen werden, nach der biologisches Material, das auch in der Natur vorkommen oder entstehen könnte, nicht patentiert werden kann“, fordert BDP-Geschäftsführer Dr.



## SoZ Sozialistische Zeitung

**Monatlich mit 24 Seiten Berichten und Analysen zum alltäglichen kapitalistischen Irrsinn und den Perspektiven linker Opposition**

**In den letzten Ausgaben:** Identität und Klasse: passt das zusammen? · Der IG-Metall-Gewerkschaftstag und die Transformationsdebatte · Formen gesellschaftlicher Arbeit und Klassenpolitik, eine Serie von Ingo Schmidt · Der Krieg, deutsche Gewerkschaften, die ukrainische Bevölkerung und russische Kriegsdienstverweigerer u. v. a.

**Probeausgabe** kostenlos

**Probeabo** (3 Ausgaben) gegen 10-Euro-Schein (keine automatische Verlängerung)

**Bestellung an:** SoZ · Regentenstr. 57-59 · 51063 Köln

Telefon (0221) 9 23 11 96 · redaktion@soz-verlag.de · www.sozonline.de





Carl-Stephan Schäfer deshalb. Und Bauernverbandspräsident Joachim Rukwied mahnt ebenfalls: „Es darf nicht zu Patenten auf Pflanzen kommen.“

Der Initiative TESTBIOTECH zufolge erheben die Unternehmen wirklich oft Ansprüche auf zufällige oder bereits in der Natur vorkommende Gen-Variationen und zeigen sich auch sonst erfindungsreich im Erfinden von Erfindungen. „Tatsächlich scheinen die eingereichten Patent-Anmeldungen einer bestimmten Strategie zu folgen, die darauf abzielt, Patente zu schaffen, auch ohne etwas wesentlich

Neues zu erfinden“, stellt die Organisation fest. Als „technische Dekoration“ und „Second Hand‘ Gentechnik-Pflanzen“ bezeichnet sie die Hervorbringungen und spricht in diesem Zusammenhang von einem „Minenfeld von Patent-Monopolen“. Besonders kreativ geht dabei die Firma INARI vor, die sich vorgenommen hat, die Großen der Branche herauszufordern. „Das ganze Erbgut ist in Besitz von nur wenigen Multis, und wir wollen ihnen den Rang streitig machen“, bekunden die ManagerInnen. Zu diesem Zweck streben sie beispielsweise Schutzrechte auf

mit alter Gentechnik erzeugte Pflanzen an, welche ihre BiotechnologInnen durch das Herausoperieren fremder Gene wieder in den Naturzustand zurückversetzt haben. Die Gewächse wie etwa die Soja der BAYER-Tochter MONSANTO mit der Produktbezeichnung MON89788 zählen nämlich zu den Elite-Varietäten, die sich nach Einschätzung von INARI gut für andere Genbasteleien vermarkten lassen. Als „Erfinder“ solcher und anderer Produkte firmiert in den Anträgen sinnigerweise oft nicht etwa ein Wissenschaftler oder eine Wissenschaftlerin, sondern gleich der INARI-Patentanwalt.

Die Europäische Kommission bezieht zum Problem des geistigen Eigentums in Zusammenhang mit der Gentechnik 2.0 keine Position. „Die Frage der Patente auf NGTs wurde von vielen Interessengruppen aufgeworfen. Bedenken wurden von Züchtern und Bauernverbänden geäußert“, heißt es an einer Stelle des 70-seitigen Verordnungsvorschlags lediglich. Dieser muss jetzt erst einmal durch das EU-Parlament und anschließend durch den MinisterInnen-Rat gehen. Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN wird alles in ihrer Macht Stehende tun, um daran mitzuwirken, die Deregulierungen der Neuen Gentechniken zu verhindern. ←

## BAYER-Aktien: Kritik stärken, Stimmrechte übertragen!

[www.cbgnetwork.org/stimmrechte](http://www.cbgnetwork.org/stimmrechte)

Übernehmen Sie Verantwortung für Gesellschaft und Umwelt, wenn Sie BAYER-Aktien im Depot haben. Übertragen Sie die Stimmrechte an die Kritischen BAYER-Aktionär\*innen.

Online oder auszudrucken und zurücksenden: Coordination gegen Bayer-Gefahren • Postfach 1104718, 40281 Düsseldorf • Fax 0211 - 30 30 40 - 144@cbgnetwork.org

Bitte deutlich schreiben (falls Platz nicht reicht, bitte Extrablatt beifügen)

<input type="checkbox"/> Ich besitze BAYER-Aktien und möchte meine Stimmrechte den Kritischen-AktionärInnen übertragen. <input type="checkbox"/> Ja, ich spende ..... € <input type="checkbox"/> Ja, ich abonniere Stichwort BAYER für 30,- € im Jahr Bitte abbuchen: <input type="checkbox"/> monatlich <input type="checkbox"/> vierteljährlich <input type="checkbox"/> halbjährlich <input type="checkbox"/> jährlich Für Abo und/oder Spende bitte die Leserschrift ausfüllen.	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; font-size: x-small;">Vorname</td> <td style="width: 50%; font-size: x-small;">Name</td> </tr> <tr> <td style="font-size: x-small;">Straße, Hausnr.</td> <td style="font-size: x-small;">PLZ, Ort</td> </tr> <tr> <td style="font-size: x-small;">eMail</td> <td style="font-size: x-small;">Geb. Datum</td> </tr> <tr> <td style="font-size: x-small;">Bspz.</td> <td style="font-size: x-small;">Datum, Unterschrift</td> </tr> </table>	Vorname	Name	Straße, Hausnr.	PLZ, Ort	eMail	Geb. Datum	Bspz.	Datum, Unterschrift
Vorname	Name								
Straße, Hausnr.	PLZ, Ort								
eMail	Geb. Datum								
Bspz.	Datum, Unterschrift								

INFORMIERT. DECKT AUF. MACHT MUT. BEWEGT.

# STICHWORT BAYER

DAS  
KONZERNKRITISCHE  
MAGAZIN

[WWW.STICHWORT-BAYER.DE/ABO](http://WWW.STICHWORT-BAYER.DE/ABO)

- Ja, ich abonniere STICHWORT BAYER (SWB) für jährlich \_\_\_\_ €. Personen mind. 30€, Gruppen/Institutionen mind. 60€. Höhere Beiträge helfen.
- Ich möchte SWB-Ausgaben verteilen. Bitte meldet euch bei mir!
- Ich trete dem SWB-Förderkreis bei für jährlich \_\_\_\_ €. Mind. 60€
- Ich will spenden! Bitte bucht den Betrag von \_\_\_\_ € ab. Oder online: [www.CBGnetwork.org/Spenden](http://www.CBGnetwork.org/Spenden)

Vorname		Familienname		Geburtsjahr	
PLZ / Ort		Straße / Haus Nr.			
IBAN					
Email			Unterschrift		

Antwort an: Stichwort Bayer - Postfach 15 04 18 - 40081 Düsseldorf

Ein Antrags- oder Spendenbogen kann über den Internet-Link [www.stichwort-bayer.de](http://www.stichwort-bayer.de) heruntergeladen werden. Bitte beachten Sie, dass die Angaben in diesem Formular nur für den Zweck der Abrechnung von Spenden und der Verteilung von Stichwort Bayer-Magazinen bestimmt sind. Die Angaben sind nicht für andere Zwecke geeignet. Die Angaben sind nicht für die Abrechnung von Spenden und der Verteilung von Stichwort Bayer-Magazinen bestimmt. Die Angaben sind nicht für andere Zwecke geeignet. Die Angaben sind nicht für die Abrechnung von Spenden und der Verteilung von Stichwort Bayer-Magazinen bestimmt. Die Angaben sind nicht für andere Zwecke geeignet.

EU-Lebensmittelbehörde legt Risiko-Bewertung vor

# Viele offene Glyphosat-Fragen



Offener Brief in Sachen „Glyphosat“: BAYER verweigert Annahme

*In dem EU-Verfahren zur Prüfung der Glyphosat-Zulassungsverlängerung legte Anfang Juli nach der Chemikalien-Agentur ECHA auch die Lebensmittelbehörde EFSA ihre Risiko-Bewertung vor. Sie machte zwar zahlreiche Daten-Lücken zur etwaigen Gefährdung von Mensch, Tier und Umwelt durch das Herbizid aus, gab aber trotzdem Entwarnung: „keine kritischen Problem-Bereiche“. Entsprechend groß fiel der Protest aus.*

*Von Jan Pehrke*

Keine Glyphosat-Daten zu möglichen Schädigungen von Zellen und Chromosomen, zu den Auswirkungen auf das Nervensystem von Heranwachsenden sowie zur Gefährdung diverser Tier- und Pflanzen-Arten – und wie lautet da das Resümee der Europäischen Lebensmittelbehörde EFSA? „Null Problemo!“. Keines der über 20 „data gaps“ mochte sie bei ihrer Bewertung der Kategorie „kritischer

Problem-Bereich“ (critical area of concern) zuordnen.

Dementsprechend positiv reagierte der BAYER-Konzern. „Diese abschließende wissenschaftliche Schlussfolgerung legt den Grundstein für die erfolgreiche Wiederzulassung von Glyphosat in der EU“, frohlockte er. Der Agro-Riese sieht am Horizont schon die Früchte seiner Lobbyarbeit in Brüssel gedeihen. Millionen in-

vestiert er dort Jahr für Jahr in die Pflege der politischen Landschaft und greift dabei in Sachen „Glyphosat“ zusätzlich noch auf spezielle Agenturen wie etwa die RUD PEDERSEN GROUP zurück. Ein Übriges tun dann die „Glyphosate Renewal Group“ und diverse Branchen-Verbände. Aber die EFSA blieb reserviert. Sie legte Wert auf die Feststellung, nur die verfügbaren Daten zu dem Herbizid zusam-

mengetragen und damit keinesfalls die Entscheidung über seine Zukunft vorweggenommen zu haben. Das abschließende Urteil obliege allein der EU-Kommission in ihrer Funktion als risk manager; und an der wäre es der Behörde zufolge auch, darüber zu befinden, ob angesichts der vielen Daten-Lücken das Vorsorge-Prinzip zur Anwendung kommen müsse.

### Beschleunigtes Verfahren

Das verneinte die Generaldirektion Gesundheit (DG Sante) der Kommission prompt. Von der Leyen & Co. trafen stattdessen schon wenige Tage nach der Veröffentlichung des EFSA-Statements Vorbereitungen für eine Zulassungsverlängerung. Am 11. und 12. Juli präsentierten sie den VertreterInnen der EU-Staaten im „Ständigen Ausschuss der Kommission für Pflanzen, Tiere, Lebensmittel und Futtermittel“ (SCoPAFF) den „Renewal Report“, den Bericht zur Zulassungsverlängerung. Auf der Tagesordnung stand das nicht, da war nur ein „Meinungsaustausch“ über die Glyphosat-Bewertung der EFSA vorgesehen. Zu dem Zeitpunkt lag den Ausschuss-Mitgliedern das ganze Dossier der Lebensmittelbehörde noch gar nicht vor, sondern lediglich eine knappe Zusammenfassung. Die Veröffentlichung kündigte die Lebensmittelbehörde nämlich für Ende Juli an, diejenige des kompletten Datensatzes zu Glyphosat sogar erst für den Oktober. Der DG Sante aber konnte es gar nicht schnell genug gehen. Es gäbe keinen Grund, keine Zulassungsverlängerung vorzuschlagen, so Referatsleiter Dr. Klaus Berend. Und die vielen offenen Fragen? Den Umgang damit wollen Berend & Co. einfach den Mitgliedsländern überlassen. Wenn ein Staat trotz der Einführung von Risikominderungsmaßnahmen noch Bedenken hätte, dürfe er „die Zulassung von Pflanzenschutzmitteln in seinem Hoheitsgebiet beschränken oder verweigern“, heißt es im „Renewal Report“

Ihr ganzes Glyphosat-Dossier veröffentlichte die EFSA am 26. Juli. Als Grundlage diente dabei das Produkt ROUNDUP ULTRA von BAYERS Tochterfirma MONSANTO, ein wasserlösliches Konzentrat mit einem Wirkstoff-Gehalt von 360 Gramm Glyphosat pro Liter als Isopropylamin-Salz. Das Krebs-Risiko der Substanz evaluierte die Lebensmittel-Behörde nicht neu. Sie übernahm einfach – wie auch bei der Einschätzung des erbgut- und fruchtbarkeitsschädigenden Potenzials – die Bewertung der EU-Chemikalienagentur ECHA. Diese hatte das Herbizid im letzten



Begleitende Proteste zur Übergabe-Aktion am 14. September

Jahr als nicht krebserregend eingestuft – im Gegensatz zur Weltgesundheitsorganisation WHO, die im Jahr 2015 zu einer anderen Schlussfolgerung gelangt war: „wahrscheinlich krebserregend“. Die voneinander abweichenden Beurteilungen erklären sich nicht zuletzt damit, dass sich die EU-Agenturen bei ihrer Arbeit vornehmlich auf Studien der Industrie stützten, während die WHO auch solche von Universitäten, anderen Forschungsinstituten und öffentlichen Einrichtungen einbezog. ECHA und EFSA sortieren diese Untersuchungen immer wieder aus, da sie nicht den Grundsätzen der „Guten Labor-Praxis“ (GLP) genügen. Die Hochschulen orientieren sich nicht an diesen Kriterien, weil ihre Forschung ganz anders angelegt ist. Sie wollen Neuland betreten, prüfen deshalb bestimmte Hypothesen und wählen daran orientiert die Methoden aus. Das Geld spielt ebenfalls eine Rolle. Die Universitäten können es sich zumeist schlicht finanziell nicht leisten, den umfassenden GLP-Anforderungen, was Validierung, Dokumentation und Qualitätssicherung angeht, zu genügen. Dafür gehören andere, nicht zu den GLP-Vorschriften zählende Kontroll-Mechanismen zu ihrer Praxis wie etwa „Peer Review“-Verfahren, also eine Begutachtung der Arbeiten durch andere WissenschaftlerInnen.

Im Ergebnis unterscheiden sich die im Auftrag von BAYER & Co. angefertigten, GLP-Maßstäben entsprechenden Glyphosat-Studien immens von denjenigen, die Universitäten oder andere Forschungseinrichtungen unternahmen. Das ergab ein von den Initiativen PESTIZID AKTIONSNETZWERK, CORPORATE EUROPE OB-

SERVER und GLOBAL 2000 durchgeführter Vergleich. So attestierte der überwiegende Teil der unabhängigen Untersuchungen dem Pestizid eine gentoxische, also erbgut-schädigende Wirkung, was deutlich auf eine Krebs-Gefahr hinweist, während das nur eine der 46 GLP-Untersuchungen tat.

### Viele Daten-Lücken

Für die zahlreichen bekannten Risiken und Nebenwirkungen des Mittels reichten der EFSA zum Schutz von Mensch, Tier und Umwelt Grenzwerte. Diese genügen ihrer Ansicht nach, um die Gefahren einzuhegen. Daneben stieß die Behörde jedoch auf zahlreiche unbekannt Risiken und Nebenwirkungen: Mehr als 20 Daten-Lücken machte sie aus. Eine dieser Fehlstellen betrifft die Entwicklungsneurotoxizität, also die Auswirkungen von Glyphosat auf die noch im Wachstum befindlichen Nervensysteme von Embryos, Säuglingen und Kindern. Zu den möglichen Beeinträchtigungen von Zellteilungsprozessen und Schädigungen von Chromosomen durch das Mittel vermochte die Behörde ebenfalls keine Aussagen zu treffen: „data gaps“ sowohl für Glyphosat selbst als auch für das Abbau-Produkt AMPA.

Zudem blieb „die Bewertung des ernährungsbedingten Risikos für Verbraucher“ offen, da keine Angaben zu den Glyphosat-Rückständen auf Karotten, Weizen und Salat vorlagen. Darüber hinaus treten immer wieder Verunreinigungen von Glyphosat mit Substanzen auf, über deren Gefährdungspotenzial sich der EFSA zufolge in den von BAYER & Co. präsentierten Studien keine ausreichenden Informationen fanden. Überdies





Sitz der Europäischen Lebensmittelbehörde im italienischen Parma

vermisste sie Daten zur Toxizität eines Zusatzstoffes. Und die Effekte des Pestizids auf den Mikroorganismus-Haushalt des Menschen konnte die Lebensmittelbehörde nicht abschließend beurteilen, weil es dazu noch kein standardisiertes wissenschaftliches Verfahren gibt. Weitere Daten-Lücken taten sich hinsichtlich der Folgen der Glyphosat-Ausbringung für die Tierwelt auf. Bienen betreffend vermochte die EFSA nur eine akut toxische Wirkung auszuschließen. In puncto „Langzeitfolgen“ konstatierte sie hingegen ein „data gap“. Auch zu den indirekten Auswirkungen von Glyphosat auf die Bienen, die sich durch den floralen Kahlschlag auf den Äckern ergeben, „wurden keine aussagekräftigen Untersuchungen vorgelegt“, so die Behörde.

Zur Bewertung der Umweltschäden ermangelte es ihr an einer belastbaren Grundlage. Die verfügbaren Monitoring-Datensätze betrachtete sie als unzureichend. Deshalb „sind die Ergebnisse mit Vorsicht zu genießen“, wie die EFSA vorsorglich erklärte. So vermochten die ExpertInnen etwa keine Aussage darüber zu treffen, inwieweit Glyphosat das Grundwasser belastet, wenn es über Uferinfiltration in die Oberflächen-Gewässer gelangt: „Da keine Informationen über diesen Expositionspfad verfügbar waren, wurde eine Datenlücke festgestellt.“ Zur Gefährdung von Wasserpflanzen und Moos lagen ebenfalls keine Informationen vor. In Sachen „Boden“ sah es ähnlich schlecht aus. Die vorhandenen Feldstudien ließen keinen Schluss darüber zu, wie

hartnäckig sich das Glyphosat-Abbauprodukt AMPA in der Erde hält. Die EFSA ging jedoch von einer mäßigen bis sehr hohen Persistenz aus und für Glyphosat selber von einer geringen bis hohen.

Zu den Auswirkungen des Herbizids auf die Artenvielfalt konnte sich die Europäische Lebensmittelbehörde auch nicht qualifiziert äußern. Dabei hatte die EU-Kommission ihr just zur Klärung dieser Frage ein Jahr länger Zeit gegeben als ursprünglich vorgesehen und die Glyphosat-Genehmigung nicht im Dezember 2022 auslaufen lassen. Die vor fünf Jahren erfolgte Zulassungsverlängerung nahm die Mitgliedsstaaten nämlich in die Pflicht, bei den nationalen Genehmigungen der einzelnen Glyphosat-Produkte die Effekte des Pestizides auf die Artenvielfalt mit einzubeziehen. Überdies hatte die Europäische Union 2020 eine Biodiversitätsstrategie beschlossen, die das Ziel hatte, „die biologische Vielfalt bis 2030 auf den Weg der Erholung zu bringen“. Die EFSA lieferte jedoch nicht. Statt von dem üblichen „data gap“ zu diesem oder jenem konkreten Bereich sprach sie dieses Mal sogar von einer „generellen Daten-Lücke“. Und selbst wenn diese gestopft wäre, käme die Behörde nicht weiter. Ihre Sachverständigen mussten das „Fehlen harmonisierter Methoden“ einräumen, um die komplexen und von mehreren Faktoren abhängigen Folgen der Glyphosat-Ausbringung auf die Artenvielfalt zu bestimmen. Die Risikobewertung von Glyphosat und anderen Agro-Chemikalien nehme immer nur die direkten Effekte in den Blick, nicht aber

# Unangepasst. Unabhängig. Unverzichtbar.

Mehr auf [blaetter.de](https://blaetter.de)

**Probeabo:  
3 Monate für  
15 Euro**





Glyphosat-Proteste am 18. September in Brüssel

richt ziehen“, mit diesen Worten zitierte *top agrar online* den Manager, der auch der „Glyphosate Renewal Group“ – die Arbeitsgruppe der Agro-Riesen zur Zulassungsverlängerung – vorsitzt. Darüber hinaus brachte der Agro-Riese die Online-Petition „Glyphosat: Kein Verbot ohne Alternative“ an den Start. „Deutschland soll sich für eine Verlängerung der Genehmigung für Glyphosat auf EU-Ebene einsetzen!“, fordert diese den Deutschen Bundestag auf. Der Konzern zweckentfremdet damit auf infame Weise ein zivilgesellschaftliches Instrument, um neben seiner millionenschweren Lobby-Arbeit noch zusätzlich Druck auf die Bundestagsabgeordneten auszuüben. Inhaltlich betreibt er unverhohlenen Panikmache. Ein Bann würde „die Erzeugung heimischer Lebensmittel“ einschränken und LandwirtInnen und WinzerInnen vor

große Probleme stellen, behauptet er, weil es „aktuell in vielen Anwendungsgebieten keine wirtschaftliche Alternative zu Glyphosat gibt“. „Keine wirtschaftliche Alternative“ – damit verweist der Global Player auf die Rolle als Effizienz-Booster, die Glyphosat in der agro-industriellen Landwirtschaft innehat. An sich gibt es nämlich schon eine Alternative zu dem Breitband-Herbizid, zudem eine seit Jahrtausenden erprobte: Das Pflügen. Kombiniert mit anderen mechanischen, physikalischen und biologischen Praktiken kann es Glyphosat mühelos ersetzen, wie das PESTICIDE ACTION NETWORK EUROPE jüngst in der Publikation „Alternative Methods in Weed Management to the Use of Glyphosate“ darlegte. Aber das ist halt mit ein wenig mehr Aufwand verbunden als der chemische Rundumschlag, weshalb die gnaden-

los auf schnellen Output ausgerichtete industrielle Landwirtschaft da lieber auf Glyphosat zurückgreift. BAYER preist dies zu allem Überfluss sogar noch als eine Vorgehensweise, die den Böden besser bekommt als das Pflügen, weil die Ausbringung des Pestizids angeblich für eine bessere Wasser-Aufnahme sorgt, die Erosion eindämmt, die Humus-Bildung und generell die Biodiversität fördert. „Glyphosat ist weder Boden- noch Klimaschutzmittel“, hält der BUND stattdessen fest. Als umweltschonendere Alternativen zu der chemischen Keule nennt er Mulchsaat, Untersaaten, Zwischenfrüchte und die gute, alte Hacke. Auch das Wasser-Argument weist der Verband zurück, denn ohne Bodenbearbeitung können die Äcker das Wasser schlechter speichern. Es rutscht – obendrein ungeeignet – viel schneller ins Grundwasser durch. Und die Biodiversität schützt das Pestizid der Umweltorganisation zufolge schon einmal gar nicht: „Glyphosat wirkt wie ein Antibiotikum und greift massiv in die Mikroorganismen des Bodens ein.“

### Heißer Herbst

Den Anstrengungen BAYERs steht ein europaweiter Protest entgegen, der sich in der „Ban Glyphosate“-Coalition zusammengefunden hat und den ganzen Wiederzulassungsprozess begleitet. Er reagierte umgehend auf die Publikation der EFSA-Risikobewertung. „Empörung über ‚grünes Licht‘ für Glyphosat durch EFSA – trotz eingestandener Daten-Lücken“ war die Presseerklärung überschrieben. Die deutschen „Ban Glyphosate“-Gruppen veröf-



Seit mehr als 45 Jahren bringt die *ila* kritische Analysen zur Politik, Wirtschaft und Kultur Lateinamerikas.

Wir berichten aus der Perspektive der sozialen Bewegungen und all der anderen Kräfte, die für Alternativen zum neoliberalen Modell kämpfen.

Wer mehr über die *ila* wissen will, kann uns gerne auf unserer Website besuchen.  
[www.ila-web.de](http://www.ila-web.de)



fentlichten zusätzlich noch eine eigene Version. „Das BÜNDNIS FÜR EINE ENKELTAUGLICHE LANDWIRTSCHAFT (BEL), GREENPEACE, das PESTIZID AKTIONSNETZWERK (PAN Germany), die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN, SLOW FOOD DEUTSCHLAND und EKÖ fordern die deutsche Bundesregierung und alle EU-Mitgliedstaaten auf, trotz fragwürdiger Einschätzung durch die EFSA, gegen die Wiedergenehmigung von Glyphosat auf EU-Ebene zu stimmen“, hieß es darin. Als die Generaldirektion Gesundheit dem SCOPAFF-Ausschuss unvermittelt den „Renewal Report“ präsentierte, war das PESTICIDE ACTION NETWORK EUROPE zur Stelle. „Die GD Sante weigert sich offensichtlich, die Verantwortung für den Schutz der Bürger und der Umwelt vor der Toxizität des Glyphosat-Einsatzes zu übernehmen. Stattdessen versucht sie, die Last auf die Mitgliedstaaten abzuwälzen“, erklärte es. In dem Vorpreschen zu einer Zeit, da die kompletten Informationen zu dem Ackergift noch nicht vorlagen, vermutet PAN EUROPE System, nämlich das „Bemühen, eine wissenschaftliche und öffentliche Überprüfung der Arbeit der EFSA zu vermeiden“. Missachtung von demokratischen Regeln und Transparenzgebotsen warf die Initiative den Kommissionsmitgliedern vor. Die CBG verlangte indessen in weiteren Presseerklärungen vom BAYER-Konzern, umgehend alle Daten-Lücken zu schließen und ließ auch den Petitionsvorstoß nicht unbeantwortet. Auf die Straße trug sie das Engagement am 14. September. Einen Tag vor der Glyphosat-Sitzung des „Ständigen Ausschuss



Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir

der Kommission für Pflanzen, Tiere, Lebensmittel und Futtermittel“ beteiligte sie sich an den europa-weiten Protesten rund um dieses Datum. Während PartnerInnen-Organisationen der STOP GLYPHOSATE COALITION wie EKÖ, GREENPEACE, das UMWELTINSTITUT, SLOWFOOD und das BÜNDNIS FÜR EINE ENKELTAUGLICHE LANDWIRTSCHAFT Cem Özdemirs Landwirtschaftsministerium in Berlin 130.000 Unterschriften zum Glyphosat-Stopp überreichten, zog die CBG vor die Leverkusener BAYER-Zentrale. Dort wollte sie einen Offenen Brief übergeben, der Antworten auf die „data gaps“ in Sachen „Glyphosat“ einforderte. Aber ein „Vertreter des Unternehmens ließ sich nicht blicken“, hielt der *Leverkusener Anzeiger* fest: „Sogar der Wachmann vor dem Hauseingang des Glas-Baus an der Kaiser-Wilhelm-Allee weigerte sich, das fünfseitige Schreiben

entgegenzunehmen. Und einfach dort liegenlassen? Wurde auch nicht erlaubt.“ Der Zeitung gegenüber sprach Utz Klages aus der Presse-Abteilung von BAYER CROPSCIENCE von „einigen wenigen Daten-Lücken“. Was diejenige angeht, die sich zur Beurteilung des ernährungsbedingten Risikos für VerbraucherInnen durch Glyphosat-Rückstände in Karotten, Weizen und Salat auftrat, verwies er beispielsweise auf noch nicht abgeschlossene Untersuchungen: „Die Studien laufen noch.“ Sogar die *dpa* berichtete über die Aktion. Knapp eine Woche nach dem Lokaltermin der CBG in Leverkusen veröffentlichte die EU-Kommission den Vorschlag, die Zulassung für Glyphosat um zehn Jahre zu verlängern. Eine erste Abstimmung der Mitgliedsländer darüber ist für den 13. Oktober (nach SWB-Redaktionsschluss) angesetzt. ◀



institut für sozial-ökologische wirtschaftsforschung e.V. **analysen. fakten. argumente.**

Ingar Solty

## DIE NEUE BLOCKKONFRONTATION

Hochtechnologie. (De-)Globalisierung. Geopolitik



Schutzgebühr: 5,00 Euro

**ISW** REPORT\_NR.133/134  
Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung e.V.

Inhalt: Die USA-China-Konfrontation: Großkonflikt des 21. Jahrhunderts / Der Ukrainekrieg 1: Katalysator einer neuen Blockkonfrontation und eines asymmetrischen Transatlantizismus / Der globale Kapitalismus heute: Von der Rückkehr der Austerität zur neuen Finanzkrise? / Das neue globale Wettrüsten und seine Profiteure / Der Ukrainekrieg 2: Blockaden und Auswege aus einem Stellvertreter- und Abnutzungskrieg / "Neue Neue Ostpolitik": Mindestvoraussetzung für eine Alternative zu Weltkriegsgefahr, Demokratieerosion und eskalierender Klimakatastrophe / Bedingungen und Akteure der Veränderung: Perspektiven der Gewerkschafts-, Klima- u. Friedensbewegung. Autor: Ingar Solty

**isw-report 133/134** Juli 2023 / 56 S. / 5,00 EUR + Versand

Inhalt: Endspiel des Kapitalismus – oder wird er nach jeder Krise stärker? / Die ungeheuerlichen Thesen des Marxismus / Die neue Trennlinie: Reiche Welt gegen Arme Welt / Deutschland hängt am globalen Markt – zerbricht das Geschäftsmodell?

**isw-report 135** Sept. 2023 / 32 S. / 3,50 EUR + Versand

Alle isw-Publikationen: **www.isw-muenchen.de**

isw e.V., Johann-von-Werth-Straße 3, 80639 München.  
fon 089-130041, fax 168 94 15, isw\_muenchen@t-online.de

Conrad Schuller

## ARME WELT GEGEN REICHE WELT

Die neue Linie des internationalen Klassenkampfes



Schutzgebühr: 3,50 Euro

**ISW** REPORT\_NR.135  
Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung e.V.



Weltkriegsmunition en masse in Nord- und Ostsee

# BAYERs maritime Altlasten



Explosives Strandgut

*Allein in den deutschen Gebieten von Nord- und Ostsee lagern mehr als 1,6 Millionen Tonnen Bomben, Minen und Granaten. Viele dieser gefährlichen Altlasten zweier Weltkriege haben BAYER bzw. die IG FARBEN produziert. Die Politik nimmt sich dieses brisanten Themas bis heute nur widerstrebend an.*

*Von Burkhard Ilscher*

Es begann vor mehr als 100 Jahren und eskalierte vor rund 75 Jahren. Was einst – fälschlich – als vermeintliche Lösung gepriesen wurde, wird seit gut einem Vierteljahrhundert immerhin als Problem benannt: Die Rede ist von eben jenen Munitionsaltlasten zweier Weltkriege, die auf dem Meeresgrund langsam vor sich hin roتن und eine eklatante Gefahr bedeuten für Menschen auf See und an den Küsten, für Fischerei, Sportschifffahrt und Tourismus und vor allem für die Meeres-

umwelt. Sie enthalten nicht nur hochrisikante Sprengstoffe und Zünder verschiedenster Arten, sondern viele von ihnen auch chemische Kampfstoffe (siehe Kasten), zusammen mehrere tausend Tonnen.

## **Ewigkeitskosten**

Was daraus wird, ist bis heute weitgehend ungeklärt. Das Problem dürfte noch Generationen beschäftigen. Zwar wird seit Jahrzehnten und immer lauter wirksames Entsorgungshandeln gefordert.

Tatsächlich wird die ganze Sache aber bis heute – politisch und administrativ – verschleppt, verharmlost oder geleugnet. Erst in diesem Jahr hat die Bundesregierung die Entwicklung von Lösungskonzepten in Auftrag gegeben, die 2024/25 zu ersten Bergungsversuchen führen sollen – Ende offen.

Zwar ist dieses marine Altlastenproblem ein globales, es ist aber unstrittig, dass die größten Anteile der in nordeuropäischen Gewässern lagernden Spreng- und



Nordsee ist Mordsee

Giftstoffe aus deutscher Produktion, nicht zuletzt vom BAYER-Konzern bzw. der von ihm mitgegründeten IG FARBEN stammen: Nach dem Ersten Weltkrieg wurde vorwiegend auf Veranlassung der Alliierten Munition des besiegten deutschen Reichs von der Biskaya über die Nordsee bis Gotland im Meer versenkt, häufig durch „einfaches“ Überbordkippen, oft aber auch durch Versenkung ganzer Schiffe mit giftiger oder explosiver Ladung. Übliche Methoden der Kampfmittelvernichtung (Sprengung oder Verbrennung) galten angesichts der zu bewältigenden Mengen als zu zeit- und kostenaufwändig und zu riskant für das beteiligte Personal. Versenkung auf See hingegen schien effizient und eben unproblematisch.

In den 1940er Jahren war es zunächst die deutsche Wehrmacht, die kurz vor Ende des Zweiten Weltkriegs Kampfstoffmunition in der Ostsee versenkte, um sie dem Zugriff gegnerischer Streitkräfte zu entziehen. Nach der Kapitulation Nazi-Deutschlands indes praktizierten die Siegermächte dasselbe, was sie 30 Jahre zuvor auch getan hatten. Und der eigenen Bequemlichkeit halber packten die Alliierten ihre eigenen, nicht mehr benötigten Munitionsmengen gleich dazu, verklappten sie nicht nur in Nord- und Ostsee, sondern teilweise auch in eigenen Küstengewässern. Insgesamt wird vermutet, dass allein nach dem Zweiten Weltkrieg mehrere Millionen Tonnen Munitionsaltlasten und Giftkampfstoffe in Europas Meeren versenkt wurden. Aber dabei blieb es nicht, auch seitens BRD und DDR wurden solche Versenkungen bis in die 1960er Jahre vorgenommen.



Rücksicht auf SeefahrerInnen oder KüstenbewohnerInnen kamen in den Jahrzehnten nach Kriegsende im Denken der Verantwortlichen selten vor – und Meeresumweltschutz spielte bekanntlich auch keine Rolle: Schließlich wurden in und auf den Meeren allgemein bis weit in die 1980er Gift-Müll, -Abfälle und -Abwässer verklappt, eingeleitet oder verbrannt. Für kurze Zeit gab es in den 1950er Jahren gezielte Versuche, versenkte Kampfmittel wieder zu bergen, um enthaltene Rohstoffe zurückzugewinnen. Und gelegentlich flackerten Debatten über die versenkten Altlasten auf, wenn FischerInnen Teile davon in ihren Netzen fanden oder Unfälle gemeldet wurden. Allerdings führte all dies nie zu nennenswerten politischen oder administrativen Aktivitäten, die gezieltes Bergen und Entsorgen der Unmengen versenkter Kampf- und Giftstoffe beabsichtigt hätten.

Diese praktizierte und propagierte Sorglosigkeit hatte unter anderem eine wesentliche Ursache: Die wenigsten Versenkungen waren seinerzeit ordentlich dokumentiert worden – aus den Augen, aus dem Sinn. Folge dieser fast schon organisiert zu nennenden Nachlässigkeit sind bis heute lückenhafte oder fehlende Angaben über vollzogene Munitionsversenkungen: Die meisten Daten über Umfang, Ort, Art und Menge basieren mehr auf Schätzung und Hörensagen als auf konkreten und belegbaren Fakten.

### Erste Debatten

Zwar gab es etwa ab Mitte der 1980er Jahre (nicht nur) in Deutschland erste Debatten über mögliche Gefährdungen

## BAYERs Waffenarsenal

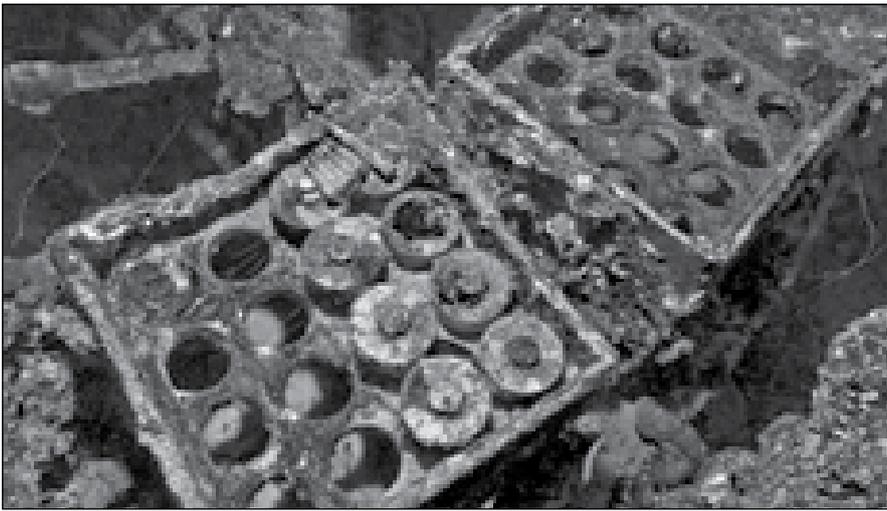


Ein gehöriger Teil der chemischen Kampfstoffe, Bomben und Sprengstoffe in Nord- und Ostsee ist made by BAYER. So sorgte der Konzern im Ersten Weltkrieg dafür, dass „die Chemie die ihr in der modernen Kriegsführung zukommende Rolle spielen“ kann, wie der Generaldirektor Carl Duisberg es ausdrückte. Mit Feuereifer arbeitete das Unternehmen daran, „die große, schwierige Frage der Verpestung der Schützengräben mit chemischen Substanzen der Lösung näherzubringen“, und entwickelte Waffen auf Basis von Dianisidin, Blausäure, Chlorkohlenoxid und anderen Chemikalien. Ein Sengas trug dabei sogar die Signatur der beiden BAYER-Forscher Wilhelm Lommel und Wilhelm Steinkopf: Es hieß Lost.

Im Zweiten Weltkrieg avancierte die vom Leverkusener Multi mitgegründete IG FARBEN zum Hauptlieferanten der Wehrmacht. 95 Prozent der Giftgase wie etwa Sarin und Tabun sowie 84 Prozent der Sprengstoffe stammten aus IG-Fabriken. Zudem gehörten Brandbomben, Handgranaten und Maschinengewehre zur Produkt-Palette.

Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFÄHREN fordert den Global Player deshalb immer wieder auf, sich an den Kosten für die Bergung des maritimen Waffenlagers zu beteiligen. Das lehnt die Aktiengesellschaft jedoch stets ab.





Vielmehr beschwichtigten die Behörden damals, dass vor der deutschen Nordseeküste Munitionsaltlasten nur in einer Größenordnung von 10.000 Tonnen lagern würden und es nur eine Handvoll von Unfällen mit diesem explosiven Erbe gegeben habe. Es ist dem Koblenzer Meeresbiologen und Umweltgutachter Stefan Nehring zu verdanken, dass das wahre Ausmaß der Millionen Tonnen und mehr als 1.000 Opfer versenkter Munition öffentlich bekannt wurde. Ab 2005 veröffentlichte er kontinuierlich (und das meiste davon exklusiv) in der damaligen Zeitschrift *Waterkant* Hintergründe und eigene Rechercheergebnisse – brisante Aktenfunde über Versenkungsprotokolle, detaillierte Unfallberichte und -statistiken, aktuelle Bewertungen zur beginnenden Entsorgungsdebatte und vieles andere mehr (2).

von Mensch und Umwelt durch versenkte Kampfmittel, Auslöser waren vor allem die Schadensfälle in der Fischerei. Unfälle in Tourismusgebieten, beispielsweise durch am Strand angespülte Munitions- oder Kampfstoffreste, wurden hingegen gerne kleingeredet oder gar verschwiegen, mensch wollte potentielle Gäste (aktuelle wie künftige) ja nicht verschrecken. Ab den 1990er Jahren wurde häufig intensiver recherchiert, es gab Anfragen und Debatten im Bundestag, es gab behörd-

liche Untersuchungen etwa über „Chemische Kampfstoffmunition in der südlichen und westlichen Ostsee“ oder über die Sicherheit der maritimen Transportwege in der deutschen Ausschließlichen Wirtschaftszone (1). Es gab vereinzelte Bestrebungen, die Geschichte der Munitionsversenkungen in ihren Dimensionen und erwartbaren Folgen aufzuarbeiten – nur Planungen oder gar Umsetzung handfester Maßnahmen zur Bergung und Entsorgung gab es weiterhin nicht.

Es waren zunächst vor allem die einstige Bremer Meeresschutzorganisation Aktionskonferenz Nordsee (AKN) und parallel auch der Naturschutzbund Deutschland (NABU), die auf Grundlage von Nehrings Recherchen auf Kongressen und in Publikationen dringendes Handeln anmahnten. Durch den steigenden Druck der beglei-



Dank milliardenschwerer Lobbyarbeit des BAYER-Konzerns ist eine Zulassungsverlängerung für Glyphosat durch die EU zu befürchten. Um der Öffentlichkeit die Folgen des Einsatzes von Glyphosat und anderen Ackergiften zu zeigen, konnte die CBG den argentinischen Künstler Pablo E. Piovano gewinnen. Seine Werke zeigen in erschütternder Weise die Schäden, die die Agrarchemikalien an menschlichen Körpern und Umwelt zurücklassen.

**Coordination gegen BAYER-Gefahren (CBG) zeigt:  
Fotokunst-Ausstellung  
mit Werken von Pablo E. Piovano**

**fiftyfifty-Galerie**  
Jägerstr. 15  
40231 Düsseldorf

06. bis 20. Oktober 2023  
Montag bis Freitag  
10:00 bis 11:30 & 14:00 bis 17:00 Uhr  
Samstag  
11:00 bis 14:00 Uhr

Auch wenn Sie die Ausstellung nicht besuchen können, bestellen Sie die hochwertige Kunst-Edition „Resistencia“. Ein von Pablo Piovano ausgewähltes Werk, das Kunstliebhaber\*innen und Unterstützer\*innen exklusiv bei uns erwerben können.

**Jetzt bestellen!**

Kunst-Edition „Resistencia“  
Mikropiezopigment-Druck  
auf wertigem Kunstdruckpapier ca. 40 x 30 cm verso auf Etikett von Hand signiert und nummeriert (Auflage 100 plus e/a)

**Für nur 100 Euro**  
Kunstdruckpapier A4 unsigniert  
**nur 20 Euro**

beide Versionen erhältlich via Mail an [kg@CBGnetwork.org](mailto:kg@CBGnetwork.org), in der Galerie, direkt bei der CBG oder per Post (zzgl. 16 Euro Versandkosten).

**Coordination gegen  
BAYER-Gefahren (CBG)**  
Postfach 15 04 18  
40081 Düsseldorf



tenden Medienberichte und Anfragen in den Parlamenten sah sich die 1997 gegründete Arbeitsgemeinschaft Bund/Länder-Messprogramm für die Meeresumwelt von Nord- und Ostsee (3) genötigt, sich ab 2008 im so genannten ExpertInnenkreis „Munition im Meer“ organisiert mit der marinen Altlastenproblematik zu beschäftigen.

### Verharmlosungen

Allerdings fanden sich in dessen 2011 veröffentlichtem Ergebnisbericht (4), der alle durch Nehring recherchierten Daten bestätigte, eher überraschende Aussagen, etwa unter dem Titel „Gesamtbeurteilung“ folgender Satz: „Derzeit ist nicht erkennbar, dass eine großräumige Gefährdung der marinen Umwelt über den lokalen Bereich der munitionsbelasteten Flächen hinaus vorhanden oder zukünftig zu erwarten ist. Eine Gefährdung besteht jedoch punktuell für Personengruppen, die im marinen Bereich der Nord- und Ostsee mit Grundberührung tätig sind.“

Zu diesem Zeitpunkt hatte es über Jahre bereits neben diversen Unfällen in der Berufs- und Freizeitfischerei auch Verletzungen etwa an touristisch genutzten



Stränden durch angespülte Kampfstoffreste gegeben. Und auch dieser Satz aus derselben Publikation konsternierte damals kritische ExpertInnen: „Eine Gefährdung des Verbrauchers durch möglicherweise kontaminierte marine Produkte, insbesondere Nahrungsmittel, ist nach derzeitigem Kenntnisstand als äußerst unwahrscheinlich einzuschätzen. Es sind keine in diese Richtung deutenden konkreten Belege bekannt.“ Tatsächlich gab es zu dieser Zeit bereits Veröffentlichungen, die

erhebliche Zweifel an dieser Sichtweise äußerten und teilweise fundiert begründeten. So waren nicht nur Berichte über Schadstoffspuren aus Kampfstoffresten in der marinen Nahrungskette veröffentlicht worden, sondern auch Prognosen, dass dieses Problem aufgrund von Verrottungsprozessen in den kommenden Jahrzehnten eskalieren dürfte.

Pikant aus damaliger wie heutiger Sicht war es vor allem, dass die AutorInnen ihren Bericht explizit „als lebendiges und

**Halten Sie Menschenrechte und Umweltschutz für Standortnachteile, die beseitigt werden müssen? Dann werden Sie in *Ossietzky* keine Bestätigung finden.**

**Der Kapitalismus hat keinen Respekt vor Grenzpfählen, Landesfarben und nationalen Ideologien. Vor letztern am wenigsten, denn er bezahlt ja meistens ihre Erfinder.**

Carl von Ossietzky in  
*Die Weltbühne*,  
17. Februar 1931

**alle zwei Wochen neu**



**Halten Sie globale Verantwortung für einen militärischen Auftrag, den die Bundeswehr zu erfüllen hat? Dann wird Ihnen *Ossietzky* nicht zusagen.**

**Diese geistige Militarisierung, der fast alle Parteien hemmungslos unterliegen, ist unsittlich, verabscheuenswert und infam. Sie wird ihre blutigen Früchte tragen – und auch das nächste Mal wird niemand, niemand schuld sein.**

Kurt Tucholsky 1927

Ossietzky Verlag GmbH  
Siedendolsleben 3  
29413 Dähre  
Telefon: 039031.950 596

**Glauben Sie daran, dass Löhne gesenkt und Arbeitszeiten verlängert werden müssen, damit die Unternehmer viele neue Arbeitsplätze schaffen? Wenn Sie diesen Glauben nicht verlieren wollen, dürfen Sie keinesfalls *Ossietzky* lesen.**

**Wenn schon gespart werden soll, dann möge man bei Militär und Marine anfangen, anstatt deren weitere Hypertrophie auf Kosten des Sozialtats zu dulden.**

Carl von Ossietzky in  
*Die Weltbühne*,  
17. Dezember 1929

**[www.ossietzky.net](http://www.ossietzky.net)**





wachsendes Dokument“ bezeichneten, „regelmäßige Aktualisierung und fortlaufende Erweiterung sind vorgesehen“. Es folgten nämlich sieben jährliche Fortschrittsberichte, allerdings sind – so der Kieler Professor Uwe Jenisch 2021 im *marineforum* – die zugehörigen Karten dabei „leider“ nie aktualisiert worden: Unter anderem bei Stefan Nehring hätten die ExpertInnen in all diesen Jahren genügend Material dazu finden können. Insgesamt brauchte es nach 2011 weitere acht Jahre, bis Ende 2019 die 93. Umweltministerkonferenz des Bundes und der Länder eine finale Aktualisierung dieses Berichts beschloss. Der erschien dann als ganze zwei Seiten umfassendes Dokument im März 2021 – konstatierte inzwischen aber immerhin „dringenden Handlungsbedarf“ (5).

Um nicht missverstanden zu werden: In Bundes- und Landesparlamenten, in Ad-

ministrationen, Behörden oder Instituten gab und gibt es viele engagierte, um Aufklärung bemühte Kräfte, Einzelpersonen oder Kleingruppen wie Forschungsteams; nur blieb ihnen all die Jahrzehnte jene politisch-administrative Gesamtkoordination versagt, die eine Problemlösung entscheidend hätte näher bringen können. „Munition im Meer“ war über lange Zeit – schaut man durch eine Lupe öffentlichen Interesses – vor allem eine Art verstecktes Schubladenthema.

Punktueller Aufsehen gab es etwa, wenn brennende Altlasten in oder am Rande einer wichtigen Schifffahrtsstraße vermutet, gesucht, entdeckt und oft zügig geräumt oder gesprengt wurden (nicht immer im Einklang mit geltendem Naturschutzrecht). Auch konkrete wirtschaftliche Motive führten zu Aktionismus: Für neue Windparks etwa, für die Trasse der Nordstream-Pipeline oder für den anhaltend

umstrittenen Tunnelbau im Fehmarnbelt wurde nach Kriegsaltslasten gesucht, die das Vorhaben hätten beeinträchtigen können, wurde im Falle der Entdeckung vor Ort geräumt. Auf unzähligen Konferenzen wurden teils parallel, teils mit solchen Vorhaben zusammenhängend Daten zusammengetragen und ausgetauscht. Aber niemals gab es den entscheidenden „Kick“ von verantwortlicher politischer Seite, den Weg zu ebnen für eine planmäßige und großflächige Erfassung samt Erarbeitung eines Gesamtkonzepts zur zügig sich anschließenden Beseitigung der brisanten Hinterlassenschaften.

Es handelt sich im Grunde genommen um organisiertes politisches Versagen. Ob vorsätzlich oder fahrlässig, sei dahingestellt – es ist die konsequente Fortsetzung jener Nachlässigkeit, mit der vor Jahrzehnten verklappt und versenkt worden ist. Immer wieder gab und gibt es Berichte und Enthüllungen über „Gefahr aus der Tiefe“, „Giftgasklumpen an den Stränden“, „Bombenstrände“, „Giftgasgranaten im Schleppnetz“, „Senfgasopfer im Hospital“, „Tickende Zeitbomben im Meer“ oder „Giftiges Arsen in Schollen“ – einige wenige Beispiele aus Schlagzeilen mehrerer Jahrzehnte. Nur hatte das eben lange Zeit keine politischen oder administrativen praktischen Folgen.

### Ampel-Aktivitäten

Erst seit Kurzem scheint sich das zumindest ansatzweise zu ändern. Es bleibt nach den Erfahrungen vergangener Jahrzehnte allerdings abzuwarten, mit welcher Konsequenz und Ausdauer das auch

## Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung

Vierteljahrszeitschrift 34. Jahrgang, Nr. 135, Sept. 2023, 224 Seiten

### Rüstungspolitik und MIK: EU und USA

Serfati – *Militarisierung der EU* / Cypher – *Politische Ökonomie des US-Militarismus* / Wahl – *Internationale Vergleichbarkeit der Militärausgaben* / Wagner – *EU – USA: Vasall, Partner, Gegner?* / Demirel – *Strategische Autonomie und Europäischer Rüstungskomplex* / Marischka – *Digitaler MIK?*

### Politik und Theorie 1923:

Hesselbarth – *Das Scheitern der Thüringer Arbeiterregierung* / Göcht – *Georg Lukács „Geschichte und Klassenbewusstsein“*

**Und:** Schwarz – *Neuauflage MEW 21* / Prokop – *Politik der UdSSR und der 17. Juni 1953* / Weiß – *Der lange Weg zum Ende des Vietnamkrieges* / Brinkmann – *DDR und „Henrietta-Effekt“ (II)* / Leisewitz – *Sozialstruktur der BRD (V)* / Metscher – *„Faust“ und die Dialektik*

**Sowie:** Kommentare; Diskussion – Kritik – Zuschriften; Zeitschriftenschau; Berichte; Buchbesprechungen

**Z** Einzelpreis: 10,- Euro (zzgl. Versand) im Abo: 35,00 Euro; Auslandsabo 43,- Euro (4 Hefte/ Jahr incl. Vers.) Studenten-Abo: Inland 28,00 u. Ausland 36,- €. Bezug über E-mail, Buchhandel (ISSN 0940 0648) oder direkt: Z-Vertrieb: Postfach 700 346, 60553 Frankfurt am Main, Tel./Fax 069 / 5305 4406

[www.zeitschrift-marxistische-erneuerung.de](http://www.zeitschrift-marxistische-erneuerung.de) - e-mail: [redaktion@zme-net.de](mailto:redaktion@zme-net.de)

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE BETRIEBS- & GEWERKSCHAFTSARBEIT

## express

Ausgabe 7-8/23 u.a.: U. Maaz: »Transformation, Fachkräftemangel ...?« – Gewerkschaftsspiegel | K. Spannenskrebs: »Zu wenig, zu viel, genug Gesundheitsfachkräfte?« – Anwerbung von Pflegekräften und Ärzt:innen | M. Schwarzbach: »Lobbyismus statt Streiken?« – Diskussion über Tarifverträge zu KI fehlt | I. Artus: »Lila, laut und massenhaft« – Schweizer Feministischer Streik in Zürich

**Probelesen ?!**  
Exemplar anfordern !!

Niddastr. 64 VH **60329 FFM**  
[express-afp@online.de](mailto:express-afp@online.de)  
[www.express-afp.info](http://www.express-afp.info)

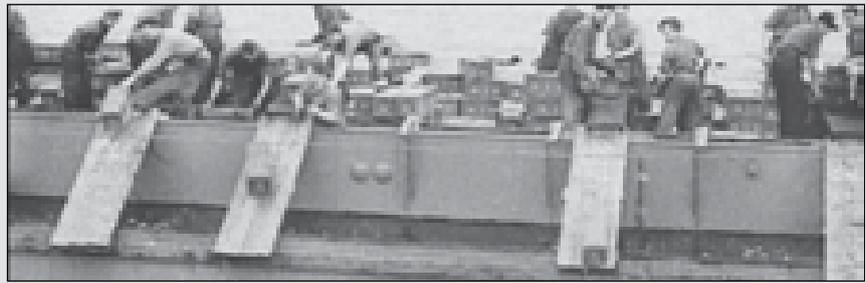
zu Erfolgen führt. In ihrem Koalitionsvertrag hat die amtierende Berliner Koalition im November 2021 knapp, aber markant vermerkt: „Für die Bergung und Vernichtung von Munitionsaltlasten in der Nord- und Ostsee wird ein Sofortprogramm aufgelegt sowie ein Bund-Länderfonds für die mittel- und langfristige Bergung eingerichtet und solide finanziert.“ Entschieden klingende Worte, die aber möglicherweise nicht so gemeint waren. Ein halbes Jahr später, im Mai 2022, kritisierte der Wissenschaftliche Dienst des Bundestages in einer Kurzinformation: „Bislang war die Kartierung dieser Munitionsaltlasten lückenhaft, nur ein Teil der Munitionsversenkungsgebiete ist bekannt. Infolge von Explosionsvorfällen kommen immer wieder weitere hinzu. Eine detaillierte und umfassende Kartierung liegt bislang nicht vor“ (6).

Das ist aber längst nicht alles. Im August 2022 wimmelte die Ampel-Koalition eine Kleine Anfrage der Linksfraktion erst einmal ab: „Nach Auffassung der Bundesregierung (...) besteht in Bezug auf Altmunition im Meer keine allgemeine rechtliche Verpflichtung des Bundes oder der Länder zum Tätigwerden. Daraus abgeleitet existiert auch keine finanzielle Verpflichtung.“ Im Kern bedeutet das nichts anderes als: Mensch gibt sich bemüht, verbittet sich aber, gedrängt oder gar beim Wort genommen zu werden. Gleichzeitig kündigte die Ampel jedoch ein Sofortprogramm an, dessen interdisziplinär vorbereitende Arbeiten bereits begonnen hätten, und lobte sich selbst: Dies wäre „die weltweit erste Erprobung zielgerichteter und konzertierter Beräumung munitionsbelasteter Flächen auf dem Meeresboden“ (7).

Geplant ist, eine technisch innovative Bergungsplattform entwerfen und bauen zu lassen, die angeblich schon 2024/25 ihre Arbeit zunächst in der Ostsee aufnehmen soll. Sie soll mit Hilfe von Robotik Munition vom Meeresboden bergen und an Bord unschädlich machen, so dass Gift- und andere Gefahrstoffe danach an Land vernichtet werden können. Klingt gut? Ja, geht aber nicht so schnell. Falls der Plan funktioniert, wird es dennoch eine vermutlich viele Jahrzehnte dauernde Aufgabe. Um so wichtiger wäre es, das Vorhaben nun zügig anzupacken. Nur sieht es danach momentan nicht aus.

Vor knapp zwei Jahren hatten sich in der schleswig-holsteinischen Landeshauptstadt mehr als 150 ExpertInnen bei der „Kiel Munition Clearance Week“ mit Bestandsaufnahme und Aufgabenstellung

## Die Kampfstoff-Liste



### I. Konventionelle Kampfmittel

Diverse chemische Stoffe wurden während beider Weltkriege als konventionelle Kampfmittel entwickelt, um im Einsatz durch Detonation oder als Brandbeschleuniger Objekte oder Menschen zu schädigen. Daneben haben diese Kampfmittel stoffliche und toxikologische Eigenschaften, die für Mensch und Umwelt gefährlich sind, wie die zwei wichtigsten Beispiele von im Meer lagernder Munition zeigen:

#### 2,4,6-Trinitrotoluol (TNT)

Explosivstoff, mit Abstand am häufigsten während des Zweiten Weltkrieges produziert; giftig beim Einatmen, Verschlucken und Berührung mit der Haut; Verdacht auf kanzerogene und mutagene Wirkung; gefährlicher Wasserschadstoff; in der Umwelt persistent mit Gefahr der kumulativen Wirkung.

#### Phosphor

Brandmittel und Ätzzstoff, eingesetzt vor allem in Brandbomben; sehr giftig beim Verschlucken, Berührung mit der Haut und beim Einatmen; fruchtschädigende Wirkung; unter Wasser persistent; kann durch enthaltene Beimischungen (Kautschuk) aufschwimmen; ähnelt optisch Bernstein, zündet beim Abtrocknen selbstständig, verbrennt mit einer 1300 Grad Celsius heißen Flamme.

### II. Chemische Kampfstoffe

Chemische Kampfstoffe stören die physiologischen Funktionen des menschlichen Organismus dermaßen, dass die Kampffähigkeit von Menschen beeinträchtigt oder sogar der Tod herbeigeführt wird. Es sind gasförmige, flüssige oder feste Stoffe, die in Bomben und Granaten oder durch Abblasen oder Versprühen mit Gasflaschen oder Kanistern eingesetzt werden.

*Die während des Zweiten Weltkrieges produzierten chemischen Kampfstoffe lassen sich folgenden Wirkstoffgruppen zuordnen:*

#### 1. Nervenkampfstoffe

Wichtige Vertreter: Tabun, Sarin, Soman  
Hauptsymptome: Krämpfe sowie Lähmung des Atemzentrums (Atemstillstand).

#### 2. Hautkampfstoffe

Wichtige Vertreter: Lost (Senfgas), Lewisit  
Hauptsymptome: Hautrötungen, Blasenbildung, nekrotische Gewebeerstörungen mit außerordentlich schlechter Heilungstendenz, Schädigung aller Organe mit ggf. tödlichem Ausgang, stark kanzerogen.

#### 3. Lungenkampfstoffe

Wichtige Vertreter: Phosgen, Diphosgen  
Hauptsymptom: toxisches Lungenödem.

#### 4. Nasen- und Rachenreizstoffe

Wichtige Vertreter: Adamsit, Clark I, Clark II  
Hauptsymptome: Husten- und Niesreiz, verstärkte Sekretion der Nasenschleimhaut und Speicheldrüsen, Atemnot, Kopfschmerz und Schmerzen im Brustbeinbereich. In hohen Konzentrationen ist Ausbildung eines toxischen Lungenödems möglich.

#### 5. Augenreizstoffe

Wichtiger Vertreter: Chloracetophenon  
Hauptsymptome: Brennen und Stechen der Augen, Tränenfluss, Fremdkörpergefühl, Lidschluss, zeitweilige Blindheit und Bindehautentzündungen. In hohen Konzentrationen sind bleibende Augenschäden und Ausbildung eines toxischen Lungenödems möglich.



## Echo

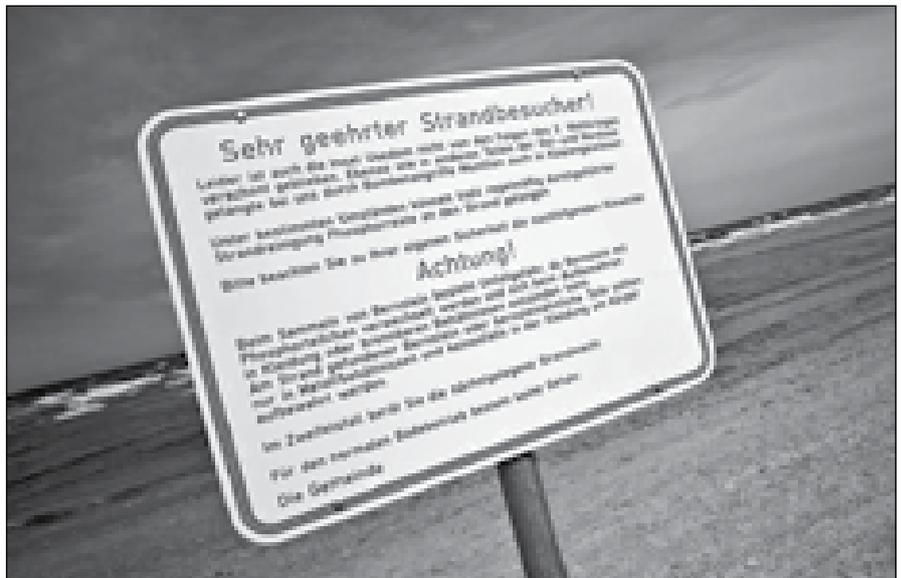
C. M.: Ich habe wieder mit großem Interesse euer Magazin gelesen. Vielen Dank für das großartige Engagement! (...) Besonders berührt haben mich die Menschen, die online eine HV-Rede gehalten haben, das ist so wichtig und mutig. Manchmal denke ich, dass die Manager von BAYER vielleicht dasselbe denken, es aber verdrängen – Kapitalismus führt zu den Zwängen, der Geist ist aus der Flasche und kann jetzt nicht mehr zurück. Wer verstaatlicht BAYER?

U. W.: Vielen Dank für Eure so wichtige Arbeit die Ihr leistet.

E. K.-W.: Danke für Eure hervorragende Recherche zu Brasilien..

## CBG bei der Arbeit

Die EU-Kommission plant eine Verordnung zum „Verbot der Herstellung und Ausfuhr von Chemikalien, die in der Europäischen Union verboten sind“ und hat Initiativen und BürgerInnen vorab um ihre Meinung zu dem Vorhaben gebeten. Die COORDINATION GEGEN BAYERGEFAHREN (CBG) beteiligte sich an dem Prozess und brachte ihre Zustimmung zu dem Ansinnen zum Ausdruck. „Besonderen Handlungsbedarf sieht die CBG in diesem Zusammenhang bei den Pestiziden. BAYER und andere Konzerne beliefern von ihren Standorten in den Mitgliedsländern aus viele Nationen mit Agro-Chemikalien, welche die EU wegen ihrer Gefahren für Mensch, Tier und/oder Umwelt aus dem Verkehr gezogen hat“, schrieb sie in ihrem Statement. Eindringlich appellierte die Coordination an die Verantwortlichen in Brüssel: „Es ist höchste Zeit, die Praxis der doppelten Standards zu beenden“. In der Empfangsbestätigung der EU hieß es dann: „Ihre Rückmeldung zum Legislativvorschlag ist eingegangen und kann ggf. in dessen Überarbeitung einfließen.“



befasst. Am Ende des Kongresses forderte die Landesregierung von „der nächsten Bundesregierung“ rasche Zusagen für eine industrielle Bergung der gefährlichen Altlasten, denn die Küstenländer könnten dies allein nicht lösen. Wie es danach weiterging, ist oben fragmentarisch beschrieben; was indes zu ergänzen bleibt, ist die Frage der Finanzierung – und die wird, typischerweise, zum Bremsklotz.

Grob geschätzt, geht es um mehr als 100 Millionen Euro, die das Vorhaben „Plattform“ von Entwicklung, Bau und Ausrüstung bis zum praktischen Einsatz zunächst kosten soll. Die Küstenländer sehen den Bund in der Pflicht, der Bund sieht es als unabdingbar an, dass die Küstenländer sich beteiligen – das übliche Gerangel. Die Bundesregierung hat zwar mittlerweile einen 100-Millionen-Euro-Etat bereitgestellt und vom Bundestag beschließen lassen. Aber im entsprechenden Beschluss des parlamentarischen Haushaltsausschusses wurde im November 2022 eindeutig festgelegt, bis zum 30. Juni dieses Jahres „soll die Ausschreibung für die mobile, schwimmende Anlage erfolgen und bis Ende des Jahres sollen entsprechende Verträge geschlossen werden“. Das sei erforderlich, um die „Verträge für den Bau der Anlage noch 2023 schließen zu können und das Pilotprojekt so schnellstmöglich umzusetzen“.

Der Stichtag ist inzwischen deutlich überschritten, die Ausschreibung bislang nicht erfolgt. Stattdessen gewinnt die Auseinandersetzung an Schärfe und ist vermutlich nur dank der parlamentarischen Sommerpause bislang nicht eskaliert. Anfang August sorgte die Industrie- und Handelskammer Nord für Druck mit einem Appell für sofortiges politisches Handeln. Zuvor

hatte Anfang Juni die grüne Bundesumweltministerin Steffi Lemke „ein Konzept für das von ihr angekündigte ‚Sofortprogramm‘ zur Bergung von Munitionsaltlasten aus Nord- und Ostsee vorgelegt“ (8), das sofort in die Kritik geriet. Es hieß, darin sei vorgesehen, mit der Altlastenberingung zügig zu beginnen, und zwar zunächst „mit verfügbarer Technik“. Das soll 30 Millionen Euro kosten, die geplante Plattform erst währenddessen parallel entwickelt werden. Eine Überprüfung dieses Berichts war nicht möglich, weil das Ministerium dem Autor auf Anfrage mitteilte, das Dokument sei „bislang nicht öffentlich verfügbar. Wir informieren Sie, wenn sich daran etwas ändern sollte“ (9). Das ist bis Redaktionsschluss nicht erfolgt.

Kritik an Lemkes Vorgehensweise kam unter anderem von der ostholsteinischen SPD-Abgeordneten Bettina Hagedorn, die darin einen klaren Verstoß gegen den Beschluss des Haushaltsausschusses sieht (10), denn in diesem sei nicht vorgesehen, einen Teil der Gelder anders als für das Plattformprojekt zu verwenden. Ob Zufall oder nicht, sei dahingestellt – etwa zeitgleich berichtete die *Tagesschau* über den Auftritt von Annalena Baerbock (Grüne) auf der Außenministerkonferenz des Ostseerats Anfang Juni in Wismar: Baerbock soll dort unter anderem eine Beteiligung der Investoren von Offshore-Windparks an den Kosten der Munitionsaltlastenberingung ins Gespräch gebracht haben.

Das passt zwar zu der geschilderten Hagedorn-Kritik (die auch von anderen Abgeordneten ähnlich geäußert wurde), Lemkes Konzept schmälere den Etat für das innovative Bergungsplattform-Projekt: Eine Beteiligung von dritter Seite könnte schließlich helfen, die dabei entstehenden



Sprengungen von Weltkriegsbomben

Finanzierungslücken zu schließen. Das passt aber auch exakt zu der hier – angesichts der Komplexität nur exemplarisch – geschilderten Geschichte des gesamten Problems und des Verhaltens von Politik und Administration: Eine Menschen und Meeresumwelt schützende, flächendeckende und effektive Erfassung, Bergung und Entsorgung von Munitionsaltlasten und Giftkampfstoffen wird so nur dorthin verschoben, wo sie schon jahrzehntelang hat ausharren müssen – aufs Wartegleis.



Burkhard Ilschner war lange Jahre Mitherausgeber und Redakteur der maritimen Zeitschrift Waterkant und ist heute verantwortlich für das gleichnamige, kostenlose Online-Portal (Unterstützung und Mitarbeit willkommen).

Anmerkungen:

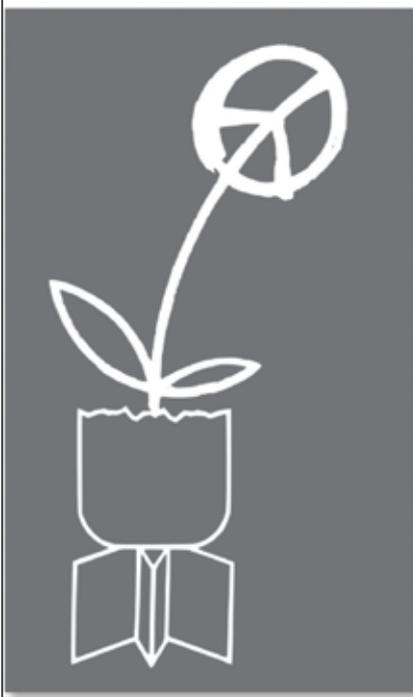
1. Laut UN-Seerechtskonvention stehen Küstenstaaten bis zu 200 (in Ausnahmen 350) Seemeilen als so genannte Ausschließliche Wirtschaftszonen (AWZ) zu – Meeresgebiete, in denen sie exklusiv wirtschaften, die Schifffahrt aber nicht behindern dürfen. Da sich in Nord- und Ostsee die AWZ-Ansprüche der Anrainer überlappen, hat mensch hier eine gegenseitige Zonierung geringeren Ausmaßes vereinbart. Details siehe auch <https://worldoceanreview.com/de/wor-1/seerecht/rechtsordnung-der-ozeane/>
2. Unter [https://waterkant.info/?page\\_id=9200](https://waterkant.info/?page_id=9200) sind die Beiträge von Stefan Nehring vollständig und kostenlos abrufbar.
3. ARGE BLMP Nord- und Ostsee – Vorläuferorganisation der heutigen Bund/Länder-Arbeitsgemeinschaft Nord- und Ostsee (BLANO).
4. Munitionsbelastung der deutschen Meeresgewässer – Bestandsaufnahme und Empfehlungen; Ergebnisbericht, 10. November 2011
5. BLANO – Munitionsbelastung der deutschen Meeresgewässer, [https://www.schleswig-holstein.de/uxo/DE/Kurzfassung/kurzfassung\\_node.html](https://www.schleswig-holstein.de/uxo/DE/Kurzfassung/kurzfassung_node.html)
6. WD 8 - 3000 - 036/22 vom 12. Mai 2022
7. Deutscher Bundestag, Drucksache 20/3198
8. <https://www.nordschleswiger.dk/de/> vom 20. Juni 2023
9. E-Mail des BMUV an den Verfasser vom 7. Juli 2023
10. Pressemitteilung vom 16. Juni 2023

## Vor 40 Jahren im SWB

### Dioxin-Gefahr durch BAYER-PCB

Am 3. September 1983 explodierten in Frankfurt/BRD zwei Transformatoranlagen der Bundesbahn. Beide enthielten den BAYER-Stoff CLOPHEN (Handelsname von PCB). Mehrere hundert Liter gelangten in die Umwelt (...) Am 4. September 1983 waren bereits Fachleute von BAYER in Frankfurt tätig. Sie gaben Entwarnung: keine Gefahr für die Bevölkerung. Allerdings wurde trotz der angeblichen Ungefährlichkeit der verseuchte Boden ausgehoben. Die BAYER-Coordination verlangt vollständige Unterrichtung der Öffentlichkeit über diesen Vorfall. Wo ist der verseuchte Boden hintransportiert worden? Weiterhin bekräftigen wir unsere Forderungen nach Einstellung der Produktion und des Vertriebs von PCB sowie der schadlosen Beseitigung aller in der Umwelt befindlichen PCB-Vorräte durch BAYER.

**uz unsere zeit**  
Sozialistische Wochenzeitung – Zeitung der DKP



„Von allen Dogmen der bigotten Politik unserer Tage hat keine mehr Unheil angerichtet, als die, dass um Frieden zu haben, man sich zum Kriege rüsten muss.“  
(Karl Marx)

Sagen

was ist!

Tel.: 0201 177889-15  
abo@unsere-zeit.de  
unsere-zeit.de/abo/

Jetzt  
6 Wochen  
kostenlos testen.  
Oder direkt  
abonnieren!

# AKTIV BEI WIND UND WETTER!



**UNSER WIDERSTAND BRAUCHT GELD.**

**JETZT SPENDEN! JETZT FÖRDERMITGLIED WERDEN.**

**IBAN: DE94 8309 4495 0003 1999 91**

**[WWW.CBGNETWORK.ORG/SPENDE](http://WWW.CBGNETWORK.ORG/SPENDE)**

Die CBG erhält wegen ihrer konsequent konzernkritischen Arbeit keinerlei Förderung. Trotz ehrenamtlicher Arbeit kostet Widerstand Geld. Wir organisieren Widerstand gegen Konzernmacht. Am Beispiel des BAYER-Konzerns. Weltweit. Rund um die Uhr. Solidarprinzip statt Profitprinzip.

[www.CBGnetwork.org](http://www.CBGnetwork.org)

[info@cbgnetwork.org](mailto:info@cbgnetwork.org)

